

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Gesundheitspolitik: Feilen, schleifen, polieren ... – S. 4*
- *Kommandeurstagung: Bundeswehr auf dem Weg zur Kaste – S. 8*
- *NRW-Stadtwerke haben Chancen und die linken Fraktionen einen Baustelle – S. 14*
- *DGB mobilisiert 100 000 Menschen gegen schwarz-gelbe Bundespolitik – S. 18*
- *Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo – eine Nobelpreis für Umsturzpläne – S. 20*

Ausgabe Nr. 12 am 3. Dezember 2010, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Haushalt 2011: 30% weniger Geld für Jobcenter

www.bundesregierung.de. rül. Die Bundesregierung feiert die Verabschiedung ihres Haushalts für 2011 und der damit verbundenen Begleitgesetze als großen Fortschritt bei der Haushaltskonsolidierung. Die größten Ausgabensenkungen gibt es im Haushalt der Bundesarbeitsministerin von der Leyen. „Im Jahr 2011 entfallen rund 14,6 Milliarden Euro auf die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA). Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Arbeitsförderung. Er gleicht durch ein Darlehen von etwa 5,4 Milliarden das Defizit im BA-Haushalt aus. Ein weiteres Darlehen an die BA ist nach jetziger Einschätzung nur noch im Jahr 2012 erforderlich (rund 2,2 Milliarden Euro). Ab 2013 wird davon ausgegangen, dass die BA wieder einen Überschuss erwirtschaften kann“, heißt es dazu auf der Internet-Seite der Bundesregierung. Zum Vergleich: Im Haushalt 2010 hatte die Bundesregierung noch Zuschüsse an die Agentur für Arbeit von über 29 Milliarden Euro eingestellt. Die Zuschüsse an die Agentur aus dem Bundeshaushalt sinken also 2011 auf die Hälfte. Um das zu ermöglichen, werden auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht. Der Beitrag steigt ab 1.1.2011 von 2,8 auf 3,0 Prozent.

Hauptleidtragende im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind aber die ohnehin Ärmsten und Schwächsten, die Bezieher von Hartz IV. Denn der Zuschuss der Bundesregierung für die Arbeitsmarkt-Maßnahmen (Ein-Euro-Jobs, Qualifizierungshilfen u.ä.) der Jobcenter sinkt dramatisch. Im Land Berlin etwa sinkt dieses Budget von 680 Millionen im Jahr 2010 auf 500 Millionen in 2011. Mehrere zehntausend Langzeitarbeitslose werden damit allein in diesem Bundesland in 2011 weder Qualifizierungs- noch Beschäftigungshilfen erhalten.

Neue EU-Strategie der inneren Sicherheit

no-racism.net, 26.11. hav. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hat dieser Tage eine neue „Strategie der inneren Sicherheit“ vorgestellt. Das neue Strategiepapier über die künftigen fünf Handlungsschwerpunkte, das die Kommissarin der Öffentlichkeit präsentiert hat, enthält „41 Maßnahmen zur Bewältigung der dringlichsten Herausforderungen für die Sicherheit in Europa“. Neben einigen positiven Initiativen zu Vernetzung und Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes oder zur Bekämpfung von Online-Betrügereien

birgt das Papier einigen Sprengstoff. Schon 2011 will die Kommission einen Vorschlag für ein eigenes Programm zur Auswertung von EU-Fluggastdaten vorlegen. Fluggastdaten sollen dann nicht mehr „nur“ an die USA weitergegeben werden, wie es aktuelle EU-Pläne vorsehen, sondern auch auf europäischem Boden gescreent werden. Kommissarin Malmström hegt für die Jahre 2001 bis 2014 auch Pläne zur „Vorbeugung gegen Radikalisierung“. In den kommenden Jahren wird sich weisen, ob es im Zuge der Schaffung eines „Aufklärungsnetzwerks“ bei positiven Präventionsmaßnahmen und dem kollegialen Austausch von Erfahrungen in Sachen Bewusstseinsbildung bleibt oder ob damit nicht doch weitere Grundrechtseingriffe einhergehen werden, wie etwa die zentrale Sammlung von Daten über mutmaßlich „radikale“ Personen.

EU-Afrika Gipfel

dpa/DW, 28.11. hav. Anlässlich des EU-Afrika-Gipfels der am 29./30. November in Libyen stattfand, hatten Entwicklungsorganisationen die EU zu einer Abkehr von ihrer bisherigen Politik des Handels mit den afrikanischen Staaten aufgefordert. Die EU dränge die afrikanischen Staaten zu einem Freihandelsabkommen, das dort zu einer sozialen Katastrophe führen könne, sagte Armin Paasch, Handelsexperte des katholischen Hilfswerks Misereor. Dass es seit 2002 (dem letzten Gipfeltreffen) nicht gelungen ist, ein Freihandelsabkommen mit allen AKP-Staaten abzuschließen, liege an der EU, die Afrika in den „Würgegriff“ genommen habe, wie es die Nichtregierungsorganisationen in einem Positionspapier zum Gipfel in Libyen formulierten. So verlange die EU von den afrikanischen Staaten, mindestens 80 Prozent aller Zölle auf die Einfuhr von Waren abzuschaffen und gleichzeitig verlange sie die Einschränkung von Ausfuhr-Zöllen auf Rohstoffe, kritisierten Oxfam, der EED und Misereor. Abgesehen davon dränge die EU auf den freien Handel von Dienstleistungen. Solche wiederum könnten die meisten afrikanischen Länder gar nicht erst exportieren, weil es sie auf ihrem Kontinent kaum gebe. David Hachfeld, Handelspolitik-Referent bei Oxfam, befürchtet, dass die EU bewusst einen Keil zwischen die afrikanischen Staaten treiben könnte, indem sie bilaterale Vereinbarungen mit einzelnen Ländern abschließt.

Gipfeltreffen am Mittelmeer

EU-Pressemittteilung, 12.11. hav. Organisationen der Zivilgesellschaft aus

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten kamen vom 10. bis 12. November 2010 in Rom zum jährlichen Gipfeltreffen der Wirtschafts- und Sozialräte und vergleichbarer Einrichtungen aus dem Raum Europa-Mittelmeer zusammen. (siehe PB 11/2010)

Die Versammlung einigte sich auf ein Statut für die künftige Versammlung der Zivilgesellschaft und kam überein, in der Union für den Mittelmeerraum (UfM) den Status einer beratenden Einrichtung anzustreben. „Die Diplomatie reicht nicht aus, um eine nachhaltige Lösung für den Mittelmeerraum zu finden“, unterstrich Christophe Rouillon, Vizepräsident des französischen Bürgermeisterverbands, der die Präsidentin des Ausschusses der Regionen auf der Konferenz vertrat. Auf diesem vom italienischen Rat für Wirtschaft und Arbeit (CNEL) und dem EWSA veranstalteten Gipfeltreffen erörterten Akteure der Zivilgesellschaft und geladene Sachverständige aus Mittelmeeranrainerstaaten wichtige Fragen, wie menschenwürdige Arbeit und nachhaltige Entwicklung in den Mittelmeerländern, berufliche Bildung als Faktor für Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen, eine gerechtere Gesellschaft im Mittelmeerraum sowie Agrarpolitik in den Ländern der Mittelmeerunion.

Dank der neuen Versammlung können diese Grundsatzdiskussionen zwischen fachkundigen Bürgervertretern direkt in die Entscheidungsfindung der UfM einfließen und dadurch – wie CNEL-Präsident Antonio Marzano anmerkte – „der Zivilgesellschaft einen direkten Einfluss auf aktuelle Krisenbewältigungsbemühungen geben und politische Impulse für eine bessere Zukunft setzen“.

Aggressivere Rohstoffpolitik

recyclingporta.eu, 22.11. *hav.* Angesichts eines zunehmenden Rohstoffmangels für wichtige kapitalistische Produktlinien fordern EU-Parlamentarier eine aggressivere Außenhandelspolitik. So jüngst Daniel Caspary (CDU), Sprecher der EVP-Fraktion im Außenhandelsausschuss des Europäischen Parlaments: „Die EU-Kommission hat 14 Rohstoffe identifiziert, deren Verfügbarkeit als ‚kritisch‘ eingestuft wird. Der freie Zugang zu Rohstoffen muss deshalb integraler Bestandteil der EU-Außenhandelspolitik werden. Da viele seltene Rohstoffe aus afrikanischen Ländern kommen, müssen insbesondere die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit diesen Staaten auch den ungehinderten Handel mit Rohstoffen beinhalten. Bei Exportbeschränkungen seltener Rohstoffe durch andere Drittstaaten müssen entsprechende Gespräche und wenn möglich auch Streitbeilegungsverfahren



Putin für große Freihandelszone

Frankfurter Rundschau, 25.11., *Berliner Zeitung*, 27./28.11. *rül.* Der russische Ministerpräsident hat sich bei einem Besuch in Berlin vor Wirtschafts- und Regierungsvertretern für eine Freihandelszone „von Lissabon bis Wladiwostock“ ausgesprochen. Gemeinsam mit der Europäischen Union wolle Russland einen „gemeinsamen Kontinentalmarkt“ anstreben. Kurz darauf verhandelte Putin in Brüssel mit der EU über den Abbau von Handelshindernissen. Vereinbart wurde, dass die russische Regierung Exportzölle auf russische Rohstoffe aufheben wird. Auch bei dem Streit um Eisenbahngebühren in Russland gab es eine Einigung, so dass die EU-Kommission nunmehr ihren Widerstand gegen einen Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO aufgeben wird. Russland ist das größte Land der Welt, das bisher nicht Mitglied der WTO ist. Sowohl die EU wie auch die US-Regierung unter Bush hatten sich lange gegen einen russischen Beitritt zur WTO gesperrt. Nachdem die US-Regierung unter Obama ihren Widerstand gegen einen russischen Beitritt zur WTO aufgegeben hat, wird nun damit gerechnet, dass Russland 2011 Mitglied der WTO wird. Die russische Regierung will aber mehr. Sie strebe „strategische Allianzen“ zwischen russischen und europäischen Konzernen im Automobil-, Schiffbau und Flugzeugbau sowie in der Energieversorgung an, erläuterte Putin. Die Bundesregierung reagierte überrascht und inhaltend auf den Vorstoß Putins. Zunächst solle Russland der WTO beitreten, dann werde man weitersehen, verlautete von Wirtschaftsminister Brüderle und Kanzlerin Merkel.

ren vor der Welthandelsorganisation WTO angestrebt werden.“ Wichtig sei zudem eine stärkere Verknüpfung der EU-Rohstoffstrategie mit der Entwicklungshilfe der Europäischen Union. Vorreiter einer solchen „Rohstoffdiplomatie“ seien die angestrebten Freihandelsabkommen mit Staaten in Asien, so Caspary. „Das bereits unterzeichnete Freihandelsabkommen mit Südkorea beseitigt alle Exportbeschränkungen für Rohstoffe. Diese Klausel muss auch in künftigen Freihandelsabkommen berücksichtigt werden“.

EU-Parlament begrüßt Anti-Piraterie-Abkommen ACTA

heise.de, 24.11. *hav.* Mit knapper Mehrheit hat das EU-Parlament auf Initiative der konservativen Fraktionen das geplante Anti-Piraterie-Abkommen ACTA als Instrument zur besseren Durchsetzung von Rechten an immateriellen Gütern begrüßt. Das Abkommen sei gut für Rechteinhaber, die auf dem Weltmarkt gegenwärtig „unter systematischen und weit verbreiteten Verstößen“ gegen ihre Urheber-, Marken- oder Patentrechte zu leiden hätten, heißt es in der Resolution. Keine Mehrheit fand der Entwurf für eine alternative Resolution, auf die

sich Sozialdemokraten, Grüne, Linke und Teile der Liberalen im Vorfeld geeinigt hatten. Er forderte unter anderem eine rechtliche Untersuchung der Machbarkeit der von ACTA angestrebten verstärkten „Kooperation“ zwischen Rechteinhabern und Internet Providern ein.

Die Kommission und der EU-Rat hätten zudem eine Definition des Begriffs des „gewerblichen Ausmaßes“ liefern sollen, der derzeit als Maßstab zur Kriminalisierung von Rechtsverletzungen herangezogen werden soll und gerade bei der Tauschbörsen-Nutzung viele Fragen offen lässt. Die Fraktionen beklagten zudem, dass ACTA außerhalb der bestehenden multilateralen Foren wie der Weltorganisation für geistiges Eigentum festgezurrert worden sei.

Der grüne EU-Abgeordnete Jan Philipp Albrecht monierte, dass die Entschließung der Kommission einen „Blanko-Scheck“ ausstelle. Die im Vorfeld von vielen Experten und Parlamentariern geäußerten Bedenken, der Vertrag könnte Bürgerrechte und einen freien Zugang zu Informationen und Medikamenten gefährden, seien ausgeblendet worden. Die Grünen wollen daher eine rechtliche Klarstellung durch den Europäischen Gerichtshof einfordern.

Gesundheitspolitik: Feilen, schleifen, polieren ...

In der Diskussion um den Bundeshaushalt gab es zum Haushalt des Gesundheitsministers eine Debatte des Bundestages, die in der Form äußerst scharf und in der Sache äußerst dünn war. Die Opposition sprach von Drei-Klassen-Medizin, die eingeführt würde, davon, dass die solidarische Versicherung – „Prinzip seit Bismarck“ – aufgegeben würde. Umgekehrt keilten die Regierungsparteien zurück, der Vorschlag der Grünen für eine sogenannte Bürgerversicherung bewege sich jenseits der Verfassung, weil damit die Kunden der Privatversicherungen enteignet und der besondere Schutz von Ehe und Familie aufgehoben würden.

Von den Fakten her ist das Getöse nicht gerechtfertigt. Der Haushalt des Gesundheitsministeriums soll sich auf knapp 16 Milliarden Euro belaufen, davon sind ganze 477 Millionen Euro für das eigentliche Ministerium gedacht; der Rest ist durchlaufender Posten, der in den sogenannten Gesundheitsfonds und von dort an die Krankenkassen fließt. Das sind rund 2 Mrd. mehr Staatszuschuss in das Gesundheitssystem; weitere 3 Mrd. Euro soll die Erhöhung der Beiträge von derzeit 14,9 auf 15,5 Prozent bringen; die Gesundheitsanbieter sollen ebenfalls 3 Mrd. weniger erhalten. Damit soll verhindert werden, dass die Krankenkassenbeiträge noch stärker angehoben werden und die rasch steigenden Ausgaben gedeckt werden.

Faktisch findet eine Verlagerung der Kosten für die Gesundheitsversicherung von direkten Beiträgen zu einer Steuerfinanzierung statt. Der Vorschlag für eine Bürgerversicherung, ursprünglich von dem Gesundheitsökonom Karl Lauterbach für die SPD entwickelt, ist von dieser Kostenverlagerung nicht weit weg. Die Grundidee der Bürgerversicherung ist eine Abgabe auf alle Einkommen, ob aus abhängiger oder selbständiger Beschäftigung oder auch aus Eigentum, also eine Art Gesundheitssteuer.

Angesichts des Getöses ist es sinnvoll auf die Fakten zu sehen.

Fakt 1: Kostenexplosion im Gesundheitswesen?

In der Tabelle ist die Kostenentwicklung seit dem Jahr 2000 enthalten. Danach steigen zwar die Gesundheits-

Was?	1998	in %	2008	in %
Investitionen	8.000	4,0%	8.937	3,4%
laufende Gesundheitsausgaben	193.078	96,0%	254.280	96,6%
Prävention/Gesundheitsschutz	6.817	3,4%	10.663	4,1%
Ärztliche Leistungen	55.015	27,4%	71.538	27,2%
Pflegerische/therapeutische Leistungen	49.920	24,8%	61.947	23,5%
Unterkunft und Verpflegung	15.256	7,6%	19.108	7,3%
Waren	52.266	26,0%	73.005	27,7%
Transporte	3.101	1,5%	4.510	1,7%
Verwaltungsleistungen	10.700	5,3%	13.509	5,1%
Gesundheitsausgaben insgesamt	201.078	100,0%	263.216	100,0%
Von wem gezahlt?				
Öffentliche Haushalte	13.420	6,7	13.044	5,0
Gesetzliche Versicherungen insgesamt	140.193	69,7	178.762	67,9
Private Krankenversicherung	16.148	8,0	24.896	9,5
Arbeitgeber	8.508	4,2	11.175	4,2
Private Haushalte/ Private Org. ohne Erwerbszweck	22.809	11,3	35.338	13,4
An wen gezahlt?				
Gesundheitsschutz (z.B. Gesundheitsämter u.ä.)	1.632	0,8%	1899	0,7%
Ambulante Einrichtungen	94.964	47,2%	130890	49,7%
Arztpraxen	29.042	14,4%	40206	15,3%
Zahnarztpraxen	14.349	7,1%	16787	6,4%
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	5.585	2,8%	8082	3,1%
Apotheken	26.962	13,4%	38517	14,6%
Gesundheitshandwerk /-einzelhandel	12.805	6,4%	17002	6,5%
Ambulante Pflege	5.077	2,5%	8602	3,3%
Sonstige ambulante Einrichtungen	1.144	0,6%	1694	0,6%
Stationäre / teilstationäre Einrichtungen	74.480	37,0%	94610	35,9%
Krankenhäuser	54.697	27,2%	66721	25,3%
Vorsorge / Rehabilitationseinrichtungen	6.676	3,3%	8018	3,0%
Stationäre / teilstationäre Pflege	13.106	6,5%	19872	7,5%
Rettungsdienste	1.884	0,9%	2837	1,1%
Verwaltung	11.943	5,9%	15101	5,7%
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7.591	3,8%	7796	3,0%
Ausland	584	0,3%	1147	0,4%
Investitionen	8.000	4,0%	8937	3,4%

ausgaben pro Kopf stärker an als die allgemeine Inflationsrate; aber der Gesundheitssektor hat einen recht stabilen Anteil an der gesamten gesellschaftlichen Produktion, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Mit kleinen Schwankungen liegt der Anteil dieser Branche bei etwas über zehn bis knapp unter elf Prozent.

Ob die demographische Entwicklung zu einer deutlichen Steigerung der Gesundheitsausgaben führen wird, ist nicht sicher. Die Privatkrankenkassen veröffentlichen recht genaue Statistiken, in welchem Lebensalter welche medizinischen Leistungen und damit Kosten anfallen (siehe Grafiken). Daraus wird ersichtlich: zwar steigen mit zunehmendem Alter die Ausgaben für alle medizinischen Leistungen (mit der Ausnahme Zahnersatz); die Gipfelpunkte fallen aber mit den letzten Lebensjahren zusammen. Es ist daher gut möglich, dass sich bei längerer

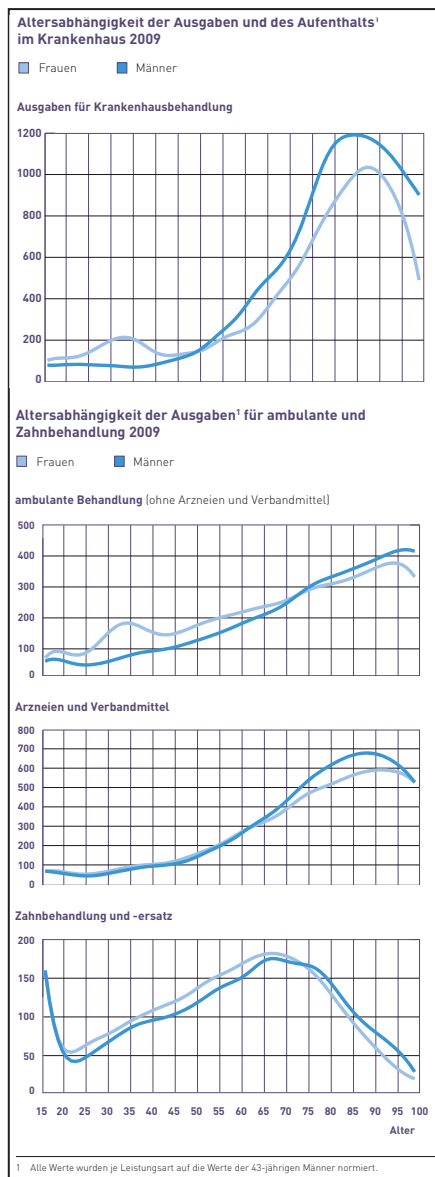
Lebenserwartung die Kurven einfach nach rechts verschieben; das heißt, die höheren Ausgaben treten erst mit höherem Alter als jetzt ein oder anders ausgedrückt: die Menschen bleiben länger gesund, so dass sich auch die Ausgaben in demselben Rahmen wie jetzt halten.

Fakt 2: Medizinischer Fortschritt immer teurer?

Auch aus der zweiten Tabelle, Abschnitt „Was?“, ergibt die Entwicklung über zehn Jahren nur minimale Verschiebungen zwischen den verschiedenen Ausgabenbereichen. Am ehesten kann noch gesagt werden, der pflegerische/therapeutische Bereich ist relativ billiger geworden; vermutlich durch verbesserte Operationstechniken, die kürzere Krankenhausaufenthalte ermöglichen. Dagegen ist der Bereich Waren, der u.a. die Arzneimittel, aber auch Prothesen usw. enthält, verhältnismäßig teurer geworden. Aber die

Gesundheitsausgaben in Deutschland als Anteil am BIP und in Mio. € (absolut und je Einwohner)

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesundheitsausgaben in Mio. €	212.147	220.079	227.991	233.604	233.828	239.736	245.264	253.349	263.216
Anteil am BIP in %	10,3	10,4	10,6	10,8	10,6	10,7	10,5	10,4	10,5
Gesundheitsausgaben je Einwohner in €	2.580	2.670	2.760	2.830	2.830	2.910	2.980	3.080	3.210
inflationbereinigt (in Preisen von 2000)	2.580	2.643	2.713	2.776	2.767	2.834	2.877	2.907	2.961
Index, preisbereinigt 2000=100	100,0	102,4	105,1	107,6	107,3	109,9	111,5	112,7	114,8



Verschiebungen sind gering, so dass sich eine pauschale Aussage nicht aufdrängt.

Fakt 2: Solidarität wird aufgelöst?

Betrachtet man die Rubrik „Von wem gezahlt?“ ergibt sich eine Abnahme der direkten Zahlungen durch öffentliche Haushalte (das ist ohne Zuschüsse an die Krankenkassen, also nur Investitionen in Krankenhäuser, Gesundheitsprävention usw.). Ebenfalls zurückgegangen ist der Anteil, der aus den gesetzlichen Versicherungen stammt. Zugenommen haben dagegen die Zahlungen der privaten Krankenkassen. Die Versicherten der Privatkassen sind zur Hälfte Beamte, die von ihrem Arbeitgeber über die Beihilfe die Hälfte der Gesundheitskosten erstattet bekommen und den Rest privat absichern müssen. Die übrigen sind Selbstständige und eben in zunehmender Zahl Beschäftigte, die dauerhaft über der Beitragsbemessungsgrenze verdienen und die sich daher privat versichern können. Dagegen hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis 2008 abgenommen und ist die Zahl der Rentner in den

gesetzlichen Kassen anteilig gestiegen. Ebenfalls zugenommen haben die Zahlungen durch die Privathaushalte. Die Gründe sind vermutlich Regelungen wie die Praxisgebühr; aber auch geändertes Nachfrageverhalten nach ärztlichen Zusatzleistungen, die die Kassen nicht decken. Aber auch hier kann nicht von einer Zerstörung des Solidar- oder Versicherungsprinzips geredet werden; die Verschiebungen bewegen sich ebenfalls nur im Bereich von ein bis zwei Prozentpunkten.

Fakt 3: Die gierigen (nach Wunsch einsetzen: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Pharmakonzerne ...)

Die Tabellenrubrik „An wen gezahlt?“ bestätigt noch einmal die Verschiebungen von den stationären zu den ambulanten Einrichtungen, die durch eine Verkürzung der Krankenhausaufenthalte erreicht wurde. Zahnärzte, einst bevorzugte Zielscheibe von SPD-Kritik, gehen anteilig sogar zurück; vermutlich eine Auswirkung der Präventionsmaßnahmen in Kindergärten und Schulen. Aber auch hier sind alle Verschiebungen eher zu erahnen als tatsächlich beweiskräftig aus den Zahlen abzuleiten.

Hamburg: Von Schwarz-Grün zu Grün-Rot?

Die Grün-Alternative Liste (GAL) hat die bundesweit erste Koalition mit der konservativ-neoliberalen CDU nach zweieinhalb Jahren wegen fehlender Stabilität und Verlässlichkeit angekündigt. Das Ende von Schwarz-Grün hatte sich seit dem Rücktritt des Architekten dieser Koalition, Ole von Beust, angebahnt, aber der Zeitpunkt der Trennung kam für CDU und Öffentlichkeit dann doch überraschend.

Die Hamburger Grünen hatten zuvor das Bündnis noch vehement verteidigt, als der Finanzsenator Frigge zurücktrat – Grund war seine Verwicklung in parteipolitisch fragwürdige Geschäfte in Rheinland-Pfalz –, und die Koalition unter diesen misslichen Bedingungen den Rotstift-Haushalt begründen musste. Doch die Treueschwüre stellten sich als bloße Lippenbekenntnisse heraus – innerlich hatten sich die Grünen schon von der Koalition verabschiedet. Ihre Begründung für diese Aufkündigung: mangelnde Verlässlichkeit im Alltags-Regierungsgeschäft und die überraschende Verflüchtigung des Koalitionsgeistes.

Schwarz-Grün in Hamburg wollte zukunftsweisend unter Beweis stellen, dass konservative Werte und ökologische Grundüberzeugungen eine konstruktive Schnittmenge bieten. Vor allem im Bereich der Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund und der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie wollten die Koalitionspart-

Komplexe Systeme: zerschlagen unmöglich

Aus den Daten wird ersichtlich, dass das Gesundheitswesen ein komplexes System mit vielen Beteiligten ist, das sich in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt hat. Selbst einem Marktanhänger wie dem Gesundheitsminister von der FDP ist klar, dass ein rein marktwirtschaftlich gesteuertes Modell nicht möglich ist; er versucht es auch gar nicht erst. Es sind mehr Nuancen, ein Schleifen an der einen Stelle und ein Polieren an anderer.

Eine solche Politik ist natürlich nicht ohne Wirkungen: ein Einfrieren des Beitragsanteils für die Arbeitgeber bei steigenden Beiträgen, verteilt um, wobei vermutlich die Rentner, die am stärksten Betroffenen sind. Dieses Feilen am System sollte genau auf die Wirkungen untersucht werden; die Fragen sind schwierig und die Antworten nicht ganz so einfach zu haben wie vielleicht beim Erfinden eines neuen Systems, dessen Wirkungen im Detail gar nicht abzusehen sind. *Alfred Küstler*

Ausführliche Gesundheitsstatistiken sind zu finden unter www.gbe-bund.de

ner eine moderne Stadtpolitik des 21. Jahrhunderts entwickeln.

Das Bündnis von Christdemokraten und Grünen stand angesichts tiefer gesellschaftlicher und politischer Gräben bei zentralen Themen wie Kohlekraftwerk Moorburg, Elbvertiefung, Schulreform und Bekämpfung von Armut von Beginn an unter keinem guten Stern. Nach von Beusts Rücktritt, der mit seiner moderaten Art die Koalition zusammenhielt, und einer Reihe von Senatorenwechseln war das Ende der Koalition absehbar.

Das Experiment, das die politischen Lager in Deutschland aufbrechen sollte, ist damit schon nach knapp drei Jahren gescheitert. Das Ende hatte sich bereits im Sommer abgezeichnet, als die schwarz-grüne Schulreform – das bedeutendste gemeinsame Projekt – von einem Volksentscheid ausgebremst wurde und die Galionsfigur des Bündnisses, Bürgermeister Ole von Beust, sich aus der Politik zurückzog. Danach fehlte der schwarz-grünen Koalition der inhaltliche und personelle Zusammenhalt.

Die Ziele, und damit der Geist, die diesem Bündnis unterlegen hatten, lösten sich unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse und der anhaltenden Krise der öffentlichen Finanzen auf. Mit der Wirtschaftskrise war die Vision des schwarz-grünen Senats – das „Wachsen mit Weitsicht“ – gescheitert. Die Stadt ist faktisch

pleite – ausgezehrt durch schwindende Steuereinnahmen und eine verschwenderische Haushaltspolitik, die mit der Realisierung von „Leuchtturmprojekten“ (Elbphilharmonie u.a.) jedes Maß verloren hat.

Im Gründungsjahr des schwarz-grünen Bündnisse 2008 konnte der Koalitionsfrieden zunächst noch gehalten werden, weil beide Partner reichlich öffentliches Geld für ihre „Lieblings“-projekte hatten. Mit dem Einbruch der Realökonomie und dem nachfolgenden drastischen Rückgang der Steuereinnahmen verkürzte sich die Gemeinsamkeit auf die Umsetzung einer zunächst antizyklischen Wirtschaft- und Finanzpolitik.

In den letzten Monaten legten die Meinungsumfragen den Grünen nahe, aus der Zusammenarbeit mit der Union auszusteigen: Im Bund, wo die Grünen Opposition sind, stehen sie so hoch wie nie im Kurs. In Hamburg, wo sie mit der Union zusammen die Regierung bilden, ist die Zustimmung zu ihrer Politik gerade mal halb so groß – und das in einem Stadtstaat, in dem die Grünen traditionell über dem Bundesschnitt liegen. Was liegt da näher, als aus dem wenig fruchtbaren Bündnis auszusteigen und im Wahlkampf aus der Opposition heraus an den Bundestrend anzuknüpfen? Es waren also die drastische Veränderung der ökonomisch-sozialen Gesamtkonstellation und der Versuch, taktische Vorteile durch den Übergang in die Opposition zu erlangen, die für die Aufkündigung des Bündnisses maßgeblich waren.

Christoph Ahlhaus, der rechtskonservative Nachfolger des liberalen Ole von Beust, und die CDU der Hansestadt werteten die Aufkündigung der Koalition als „Flucht vor der Verantwortung“. Die so wichtige Wirtschaftsregion Hamburg brauche Stabilität und politische Verlässlichkeit. Der Entschluss der GAL, Neuwahlen herbeizuführen, wird zudem als Beweis für eine schon seit längerem anhaltenden Linksbewegung an der grünen Basis interpretiert. Diese Umschichtung führe zum Verschwinden bisher betonter Gemeinsamkeiten. Hamburg stehe nun vor einer Grundsatzauseinandersetzung „zwischen links-grüner Verweigerungshaltung und bürgerlich-liberalem Fortschritt“.

Mit dem bürgerlich-liberalen Fortschritt ist es allerdings so eine Sache. Die FDP ist nicht in der Bürgerschaft vertreten und kämpft bei den anstehenden Neuwahlen um das Abstreifen ihrer politischen Bedeutungslosigkeit. Angesichts anhaltender innerparteilicher Streitereien würde sie nach der jüngsten Umfrage nur noch auf 4% kommen. Umso beherzter ihre Ansage an die CDU: Diese habe die Quittung für ihren Anti-FDP-Kurs erhalten.

Zu den larmoyanten potenziellen

Bündnispartnern wird möglicherweise noch eine neue Partei der Reformschulgegner stoßen. Der Gründer der Volksinitiative gegen die Schulreform, Walter Scheuerl, hatte bereits vor dem Ende von Schwarz-Grün die Gründung einer neuen Partei für Hamburger angedeutet, was bis heute in der CDU für erhebliche Unruhe sorgt. Die Konkurrenz im bürgerlichen Lager könnte besonders ihre Wählerstimmen kosten. Auch die FDP ist außerordentlich alarmiert. Scheuerl selbst erklärte vor kurzem selbstbewusst, die Sozialdemokraten würden besser zum Profil einer möglichen neuen Partei passen.

Der GAL ist die Aufkündigung der Koalition mit der CDU auch deshalb leicht gefallen, weil sie auf eine baldige Rückkehr in die Regierung hoffen kann – als Partner der SPD. Ein Traumergebnis werden die hanseatischen Grünen am 20. Februar 2011 zwar nicht erreichen, aber als leicht gefedelter Junior-Partner in einen SPD-geführten Senat eintreten können. Damit nehmen die Grünen auch in Hamburg Kurs auf ein rot-grünes Bündnis: „Es soll eine andere Politik geben“, sagte Parteichefin Roth. „Es soll eine moderne Großstadtpolitik geben, eine ökologische Politik, eine soziale Politik, eine verlässliche Politik.“ Man werde zwar für die eigene Stärke kämpfen, die Nähe zur SPD sei jedoch „deutlich ausgeprägter als zu einer CDU in Hamburg, die sich in Erosion befindet“.

Das schwarz-grüne Projekt ist auf absehbare Zeit keine realistische Perspektive mehr. Die Union ist voll auf Konfrontationskurs zu den Grünen gegangen, bereits auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe hatte Angela Merkel schwarz-grüne Bündnisse als „Hirngespinnste“ bezeichnet und dafür begeisterten Beifall erhalten. Und bei der Haushaltsdebatte im Bundestag nahmen sich die Redner der Union die Grünen, und nicht die SPD, als Haupt-

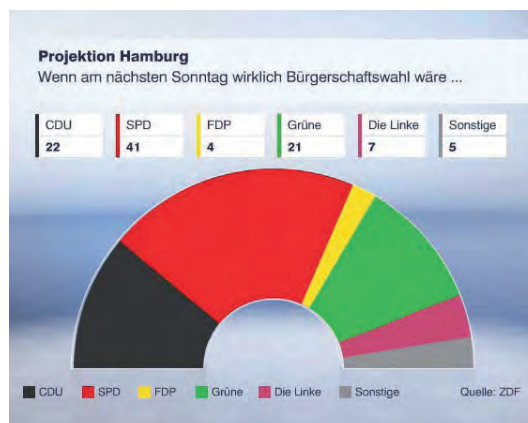
verbinden, deren Profil unscharf und deren Volkspartei-Charakter von einer Art ist, dass man beim Verblässen zusehen kann. Und auch die CDU wird nicht so leichtfertig sein, zu glauben, allein die labile FDP werde ihr zur Regierungsverantwortung im Bund und in Ländern verhelfen.

Die GAL geht also mit der Aussicht in die vorgezogenen Bürgerschaftswahlen Ende Februar, an der Seite der Sozialdemokraten, die in Hamburg derzeit deutlich stärker als im Bund sind, erneut in Regierungsverantwortung zu kommen. Allerdings bleibt Skepsis – auch Rot-Grün hat kaum Ansätze zur Lösung der Zukunftsprobleme der Metropolregion Hamburg. Die SPD hat angekündigt, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der beruflichen Bildung in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zu stellen. Gleichzeitig soll die Politik der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden. Beides zusammenzubringen, wird die große Herausforderung sein. Hinzu kommt, dass der designierte Bürgermeisterkandidat der SPD und ehemalige Bundesarbeitsminister, Olaf Scholz, nicht nur für die gescheiterte Agenda-Politik von Rot-Grün auf Bundesebene steht, sondern sich in Hamburg in rechtspopulistischer Manier als Sprachrohr der politikverdrossenen BürgerInnen geriert. Die alten politischen Lager werden restauriert: Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün. Wie in Nordrhein-Westfalen wird der Wahlkampf unter der Formel stehen: Die Linkspartei ist überflüssig.

Für Die Linke ist auch deshalb der vorgezogene Wahltermin sowohl organisatorisch als auch politisch eine große Herausforderung. Im Jahr 2007/2008 wurde das neue politische Projekt öffentlich von einer Mischung aus Hoffnung und Ablehnung begleitet. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die geringe Medienaufmerksamkeit mit eigenen

Positionsbestimmungen zu den Problemen der Stadt und Vorschlägen für eine andere Stadtpolitik zu durchbrechen. Dabei geht es zum einen um Verbesserungen der Lebenslage der vielen sozial benachteiligten Menschen in der Stadt. Zum anderen um Investitionen in die Bereiche Bildung, Wohnungsbau, Öffentlichen Personennahverkehr und soziale Infrastruktur, um einen ökonomisch-sozialen Umbau der Stadt einzuleiten. Von einem solchen Zukunftsprojekt müssen dann gerade diejenigen BürgerInnen überzeugt werden, die sich zwischenzeitlich von der politischen Willensbildung verabschiedet haben.

Joachim Bischoff / Bernhard Müller:
www.sozialismus.de



Umfrage des ZDF-Politibarometers vom 1.12.2010

gegner vor. Man täusche sich allerdings nicht: Die Grünen werden nicht so töricht sein und sich dauerhaft auf Gedeih und Verderb mit einer SPD zu

Stuttgart 21 wird gebaut – jetzt steht eine soziale Stadtplanung an

Die Medien haben breit informiert über den sogenannten Schlichterspruch von Heiner Geißler. Zusammengefasst: Stuttgart 21, also ein neuer Tiefbahnhof im Stadtzentrum und ein neuer Bahnhof am Flughafen, soll gebaut werden mit Verbesserungen, die vermutlich die Gesamtkosten erhöhen. Ebenfalls gebaut werden soll die Neubaustrecke der Eisenbahn von Stuttgart nach Ulm.

Die Projektbefürworter sind natürlich zufrieden: die gegen sie erhobenen Vorwürfe, die Planung verfolge in Wirklichkeit ganz andere Ziele und sei hochriskant, konnten nicht nachgewiesen werden. Bei allen Risiken und unvorsehbaren Vorfällen beim Bau ist es unwahrscheinlich, dass die Mineralquellen versiegen, dass die Tunnel wegen Gips bersten oder dass alles nur irgendwelchen Grundstücksspekulanten in die Tasche fließen wird. Der Ruf „Lügenpack“, der bei den Demonstrationen immer zu hören war, wurde von den Projektgegnern, die an der Schlichtung teilnahmen, nicht nur aus Gründen der Höflichkeit zurückgenommen, er ließ sich nicht mehr halten.

Die Kritiker des Projekts, die stattdessen ein Konzept für den Umbau des bestehenden Bahnhofs befürworten und zum größeren Teil auch die Schnellbahntrasse für überflüssig halten, können sich als Erfolg anrechnen, dass die Bahn AG gezwungen wurde, ihre Planung im Detail vorzustellen, und jetzt auch, so ist zu hoffen, verbessern wird, soweit Schwachstellen sichtbar wurden. Ihnen wurde auch von allen Seiten bescheinigt, dass ihr Konzept nicht ein bloßes Hirngespinnst sei. Allerdings sei es nicht planungsreif, vermutlich mit vielen Problemen behaftet und zeitlich erst in weiter Zukunft zu verwirklichen.

Ebenfalls ein Erfolg der Bewegung gegen Stuttgart 21: Auch die CDU und die Konzernchefs der Bahn AG müssen jetzt neue Formen der Bürgerbetei-

ligung und vor allem der Bürgerentscheidung über Großprojekte zugehen. Was da in der Praxis daraus wird, bedarf bestimmt noch großer politischer Anstrengungen aller Parteien, die sich seit Jahren für mehr Demokratie und Bürgerentscheidung einsetzen. Die SPD (für Stuttgart 21), die sich in Baden-Württemberg mit ihrer Idee über das Bahnprojekt noch einen Volksentscheid durchzuführen, ins Abseits manövriert hat, wird da ebenso gefordert sein wie Grüne und die Linke. Wie soll ein neues Baurecht aussehen, damit nicht nur Detailverbesserungen einer vorweg entschiedenen Planung zur Diskussion und Entscheidung stehen? Wer soll über solche Projekte entscheiden, die direkt betroffene Region oder auch andere? Spannende Fragen.

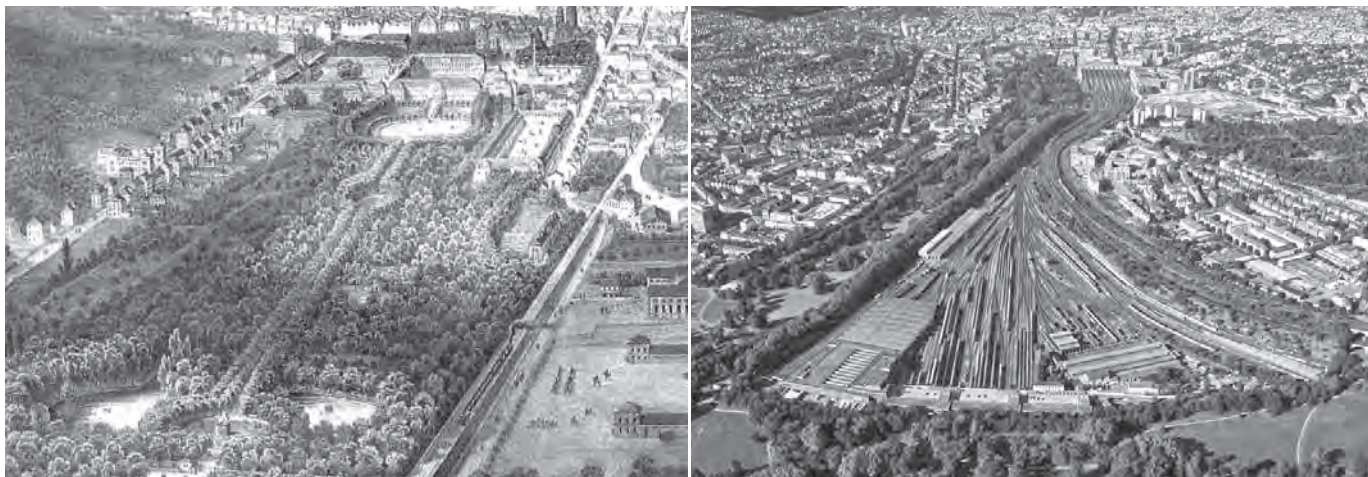
Nicht erreicht haben die Kritiker des Projekts und Kopfbahnhofbefürworter, dass das Projekt gestoppt wird, weder vorübergehend noch gar endgültig. Hier herrscht Enttäuschung. Jetzt werden von grünen Politikern Hoffnungen geweckt, dass die von Heiner Geißler vorgeschlagenen Verbesserungen das Projekt so verteuern, dass es letztlich nicht mehr finanziert werden kann. Also mehr Hegel statt Kant (den Geißler bemühte), statt mit Aufklärung zum Vernünftigen soll die List der Geschichte noch helfen. Die Stellungnahmen vom Bundesverkehrsminister, der Bahn und des Landes, die die Projektmehrkosten finanzieren müssen, sprechen allerdings dagegen. Vor allem aber soll die Landtagswahl am 27. März alles richten. Boris Palmer, OB von Tübingen, und Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen, versprechen, dass dann ein Volksentscheid in Baden-Württemberg über das Projekt abgehalten werde. Bis dahin soll die Spannung aufrecht erhalten werden mit Demonstrationen und Aktionen gegen den Bau. Die nächste „Großdemonstration“ mit

dem Motto „Stuttgart ist überall – Nein zu Stuttgart 21“ ist für den 11. Dezember geplant.

Allerdings deutet die letzte Umfrage, die kurz vor Ende der Schlichtung veröffentlicht wurde, nicht unbedingt auf einen grünen Ministerpräsidenten hin. Danach erhielt die CDU 39 Prozent, die FDP 5 Prozent, die Grünen wären bei 26 Prozent und die SPD 19 Prozent; die Linke käme mit 4 Prozent nicht in den Landtag. Von der Tendenz her ist das eine deutliche Erholung der CDU, die zudem vom Wahlrecht begünstigt wird: es gibt nur eine Stimme für einen Wahlkreis Kandidaten; die CDU hatte bei der letzten Wahl in 69 von 70 Wahlkreisen das Direktmandat erhalten.

Auch zum Tiefbahnhof Stuttgart 21 hat sich die Stimmung wieder etwas gedreht: In derselben Umfrage des ZDF-Politbarometers sind 40% in Baden-Württemberg dafür, 39% dagegen; in der Region Stuttgart 44% dafür und 40% dagegen. Bei der Neubaustrecke sind die Mehrheiten sogar deutlich: 41 Prozent landesweit dafür (Region Stuttgart: 47 Prozent) und nur 17 Prozent dagegen (Region Stuttgart: 23 Prozent).

Das Thema Stuttgart 21 bleibt also wichtig in der Landespolitik und in der Stadt Stuttgart. Aber nachdem so gut wie klar ist, dass weitergebaut wird, gewinnt in der Öffentlichkeit die weitere Stadtplanung zunehmend Gewicht. Die Stadt hat in der Schlichtung jetzt nochmals klargestellt, dass sie die freiwerdenden Flächen einer Immobilienspekulation entziehen will, indem sie die Flächen, die ihr gehören und über die sie Planungsrecht hat, in eine Stiftung einbringt mit den Zielsetzungen gemischtes Viertel, nachhaltiges Bauen, Erhalt einer Frischluftschneise und auch preiswertem Wohnraum. Auch hier muss um die Einzelheiten diskutiert und gestritten werden, damit tatsächlich ein lebendiges Stadtviertel entsteht. *Alfred Küstler*



Links 1852, erste Eisenbahnlinie. Rechts: seit 1910 beherrschen die Gleisfelder das Gelände, dorthin soll ab 2020 ein neues Viertel.

Bundeswehr auf dem Weg zur Kaste

Mit der Kommandeurstagung der Bundeswehr am 22./23.11 in Dresden hat die Umrüstung der Bundeswehr eingesetzt. Die Bundesregierung, vertreten durch Kanzlerin und Verteidigungsminister, bemüht sich vor den Militärs, in deren Weltbild und Organisation kein Stein auf dem anderen bleiben wird, um Sinnstiftung. Die Reden Merkels (1) und Gutenbergs (2) sind publiziert. Den Kommandeuren waren Stellungnahmen gegenüber der Presse untersagt worden. Eine im Ablaufplan vorgesehene „Ausprache“ entfiel. Am zweiten Tag wurde unter hermetischem Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. (3) Die Tagung war in direktem Anschluss an den Nato-Gipfel von Lissabon terminiert worden. Dort hatten am 19./20. November „die Staats- und Regierungschefs, die an der Tagung des Nordatlantikrats in Lissabon teilgenommen haben“, in einer „Gipfelerklärung von Lissabon“ (4) eine Lagebeurteilung abgegeben und Zielsetzungen festgestellt. Die Gipfelerklärung ist auf 24 Druckseiten in 58 Punkten gegliedert. Die Kanzlerin empfahl den Kommandeuren, diese Erklärung, die weitestgehend gut lesbar sei, bei den Soldaten möglichst breit bekannt zu machen. In groben Zügen geht es zum einen um die Option ausgedehnter Zusammenarbeit mit Russland, zum anderen um die Legitimation von Operationen außerhalb der Grenzen der Natostaaten.

Zusammenarbeit und Konfrontation mit Russland

Für die Bundesrepublik Deutschland besonders folgenreich ist zum einen die Perspektive einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Russland. In diesem Zusammenhang steht auch die Offerte Putins, der am 25.11. in einem Gastbeitrag in der „Süddeutschen Zeitung“, die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit einem „Plädoyer für eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“ überraschte (5). Das Modell der Wirtschaftsgemeinschaft läuft darauf hinaus, die industriellen Potentiale der Staaten zu verflechten, um durch Arbeitsteilung wirtschaftliche Produktivität und Wohlstandsgewinne zu erzielen. Damit zwangsläufig verbunden ist ein Verlust an wirtschaftlicher Autarkie der Nationalstaaten. Die Staaten der EU sind kaum noch in der Lage, gegeneinander Krieg zu führen und selbst ein Vorgehen gegen Dritte setzt Bündnisse voraus. Solche Nachwirkungen wirtschaftlicher Verflechtung, die in der Beziehung Frankreichs zu Deutschland

im historischen Maß rasch eingetreten sind, würden sich bei der Entwicklung eines Wirtschaftsraums von „Lissabon bis Wladiwostok“ langsamer einstellen. Die Gefahr einer Konfrontation der Nato mit Russlands, etwa um Einflussgebiete abzustecken, ist noch lange Jahre nicht aus der Welt. So enthält die Lissaboner Erklärung auch eine lange Liste möglicher Streitpunkte. So besteht die Nato beispielsweise darauf, „dass Georgien Nato-Mitglied wird“ und für die Ukraine „die Tür der Nato offen bleibt“. Dennoch sind die Wirtschaftsbeziehungen Europas zu Russland bereits so weit entwickelt, dass eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beiden Seiten sehr große Verluste bringen würde, so entsteht ein übergreifendes Interesse an Sicherheit, so erklärten die Regierungsvertreter, sie hätten „beschlossen, eine Raketenabwehrfähigkeit zum Schutz der Bevölkerungen, des Gebiets und der Streitkräfte aller europäischen NATO-Staaten zu entwickeln, und Russland eingeladen, mit uns zusammenzuarbeiten“. Die Einladung ist nicht ohne Tücke, denn Russland würde im Zuge einer solchen Zusammenarbeit sein strategisches Drohpotential aufdecken müssen, anders als die USA, die sich in diese Zusammenarbeit offenbar nicht einbringen wollen. Dennoch öffnet sich die Perspektive eines Wirtschafts- und Sicherheitsraums, der Europa und den nördlichen Rand der Landmassen Asiens umgreift.

Überfall als Normalfall

Keine Armee der Welt kann ohne Feindbild bestehen. Die Kanzlerin beschreibt es den Kommandeuren so: Die Herausforderungen lägen „in vielen

Bereichen“ nicht an den Grenzen, sondern weit entfernt von den Grenzen des Bündnisses. „Sie haben zu tun mit Staaten, die keine richtigen Staaten sind, mit Terrorismus und mit völlig anderen Herausforderungen wie zum Beispiel auch der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.“ Die neuen Herausforderungen könnten „nur in einer Kombination von militärischer Stärke und politischer Aktion bewältigt werden“. Merkel prägt bei dieser Gelegenheit den denkwürdigen Begriff „gesamtstaatliches Verständnis des gesamten Bündnisses“, denn es könnten nicht nur die militärischen Operationen abgestimmt werden. Tatsächlich, das Dokument der Nato-Tagung könnte man auch als eine Art Regierungsprogramm lesen, das durch bloße Übereinkünfte zwischen Regierungschefs generiert wird. Eine sehr seltsame Staatsform; mit der Merkel hier liebäugelt.

Die Kriegführung weit außerhalb der Grenzen ist der neue Normalfall. Sie erfordert einen neuen Typus des Soldaten. Er kann sich nicht mehr als Staatsbürger in Verteidigung von eigener Staatsordnung und eigenem Territorium betrachten. Die Grenzverletzung durch fremde Mächte, legitimiert das soldatische Handeln. Grenzverletzung und Verteidigungsfall sind Definitionen, die viele Möglichkeiten der Manipulation bieten, sie gehen trotzdem auf unmittelbar anschauliche Tatsachen zurück. Die Bestimmung welcher Staat ein richtiger Staat sei, wer Massenvernichtungsmittel bereithalte usw. muss sich der Soldat jedoch ganz und gar auf das Urteil der politischen Führung verlassen. Die Rechtfertigung von Töten und Sterben im Irgendwo folgt nur



Eltern-Kind-Arbeitszimmer im Verteidigungsministerium – Werbefoto

noch aus der Treue, die der Soldat dem Staat schuldet. Im Einsatz entsteht daraus eine spezifische Asymmetrie: Der Einsatzsoldat braucht eine Antwort auf die Frage: Was habe ich hier zu suchen? In der europäischen Tradition der Landsknechte und Söldner ging es um Sold, um Sieg, um Plünderung, Rausch und Beute, Momente, die auch heute noch wirken, vor allem im auswachsenden Bereich der Hilfstruppen; den disziplinierten Betrieb der Armee können sie nicht tragen. Was kann der Dienstherr, dem der Soldat treu zu dienen verspricht, bieten? Heimat und Zukunft!

Bundeswehr als Lebenswelt

Minister v. Gutenberg hat den Kommandeuren Maßnahmen angekündigt, die das Leben im Dienst erleichtern sollen. An 200 Standorten will man Eltern-Kind-Arbeitszimmer einrichten. Die Verpflichtungszeiten sollen flexibilisiert, zivile Dienstposten mit ausscheidenden Zeitsoldaten besetzt, die Altersgrenzen für das Wohnen in der Unterkunft erhöht werden. Kleine Einzelmaßnahmen, die jeden Soldaten berühren, weil sie die Schnittstelle zwischen Dienst und Privatleben durchlässiger machen. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob sich ein durchgängiger Trend zur Einrichtung einer speziellen Lebenswelt mit eigenen Kindergärten, Schulen usw. ausprägt.

Die Tendenz der Abkapselung des militärischen vom zivilen Bereich zeigt sich auch im Verzicht des Ministeriums, die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) als ministerielle Abteilungen weiterzuführen. Künftig wird der Minister nur noch durch den Generalinspekteur mit der Truppe kommunizieren können. Die Folgen werden erheblich sein. Der Minister wird – normalerweise – nur noch erfahren, was ihn der Generalinspekteur wissen lassen will. Die Alma Mater will, dass der Rektor studiert hat; die Römische Kirche, dass der Papst ein Priester sei. Für die Ausbildung eines berufsspezifischen Ethos, früher hätte man klarer von Kastengeist gesprochen, ist die durchgängige Organisation bedeutsam.

Neben Maßnahmen, die einen militärisch-soldatischen Bereich neben Wirtschaft und Gesellschaft etablieren, treten andere, die dessen Verbindung neu definieren. Der Minister meint, das „konsequente Abarbeiten durch Bedarfsträger, Bedarfsdecker und Industrie mag für eine Bundeswehr in Bereitschaft noch tolerierbar gewesen sein. Die Armee im Einsatz verlangt aber die zeit- und bedarfsgerechte Bereitstellung von Material- und Unterstützungsleistungen“. Das konsequente Nacheinander erleichtert die politische und verwaltungsmäßige

Kontrolle der Beziehungen zwischen Truppe und Wirtschaft. Die „zeit- und bedarfsgerechte Bereitstellung“ begünstigt institutionelle Verflechtung von Rüstungsdienstleistern, Rüstungsindustrie und Truppe. Hier kann ein militärisch-wirtschaftlicher Komplex entstehen, der dem Laufbahnsoldaten Möglichkeiten im zivilen Bereich bietet.

Der Kultus des Gefechts

Nicht auf der Kommandeurstagung, aber doch dazugehörig: Am 12. November hat der Bundespräsident die Stiftung der „Einsatzmedaille Gefecht“ genehmigt und am 29. November das Ehrenzeichen erstmals dem Hauptgefreiten Sergej Motz verliehen, der im April 2009 in der Nähe von Kundus umgekommen war. Was wird hier geehrt? Militärpotentiale können wirken, ohne dass auch nur ein Schuss fällt, z.B. durch Abschreckung. Der Übergang zu Gefechten kann in solchen Fällen als Misslingen gewertet werden. Andererseits tritt im Gefecht das Spezifische militärischen Handelns hervor. Man könne, so schreibt v. Clausewitz in seinem berühmten Werk „Vom Kriege“, „die

Vernichtung des Gegners ganz oder teilweise als den einzigen Zweck aller Gefechte betrachten“. Im Gefecht – und nur im Gefecht – erweist sich die Bereitschaft zu töten und tapfer zu sterben. Die Glorifizierung des Gefechts eignet sich hervorragend zur Stiftung von speziellem Selbstbewusstsein. Die neue Gefechtsmedaille wird die Soldatinnen und Soldaten auf besondere Weise herausheben. Sie wird ihrer Verwendung und Karriere förderlich sein.

Martin Fochler

- (1) Rede Merkel siehe: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/11/2010-11-22-merkel-dresden-kommandeurstagung-bundeswehr.html>
 (2) Rede v. Gutenberg: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/multimedia/videoarchiv/ministerium?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/W28BHG-BQ927INFODE/content.jsp
 (3) <http://www.mdr.de/sachsen/7910767.html>
 (4) http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/NATO_Gipfel_Erkl_DLD,property=Daten.pdf
 (5) <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908>
 (6) Einsatzmedaille Gefecht erstmals überreicht, <http://www.bundeswehr.de>, 26.11.2010
 (7) http://www.carlvonclausewitz.de/vom_kriege_4_3.php



Kurzanalyse des Bundesparteitages der CDU vom 14. bis 16. November in Karlsruhe

Für Gott, Bundespräsident und Vaterland!

Die Einschätzung des Ergebnisses des Parteitages durch die Presse ist übersichtlich: Angela Merkel hat ihre Gegenspieler verabschiedet und nun eine rundum loyale Führung um sich. (1) Sie hat, gleichermaßen emotional wie sachlich, der Partei einen klaren Kurs gewiesen, sie hinter sich vereint. (2)

Die politische Geschichte, die sie in ihrer Rede vortrug, hat es in sich. Sie beginnt mit der Erwähnung des Papstes Johannes Paul II, setzt mit der Würdigung des Altbundespräsidenten Horst Köhler fort, um innerhalb weniger Minuten zum deutschen Vaterland zu kommen. Dieser Dreiklang: das „C“, staatliche Autorität in Person und das Vaterland, bilden die Klammer der ganzen Erzählung von der CDU-Politik Angela Merkels. Das Muster ist bekannt, unter andern Umständen

hieß es: Für Gott, Kaiser und Vaterland! Nun heißt es: Für Gott, Bundespräsident und Vaterland! Was damit erkennbar werden sollte ist ein deutlich autoritärer Politikstil. Respekt vor dem Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten sei von größter staatspolitischer Bedeutung. Politisches Handeln sei „in sich begründet“, also vom christlichen Wertbezug, Glauben, von Gott her gedacht und habe ein klares Ziel: das Wohl des Vaterlandes. Der autoritäre, fast patriarchale Stil kommt auch darin zum Ausdruck, dass Merkel von ihrer Politik behauptete, sie sei zunächst umstritten, werde sich aber später als notwendig erweisen und die Menschen überzeugen. Man kann das schwerlich eine liberale demokratische Haltung nennen.

Hinzu kommt eine interessante Ab-

grenzung. Merkel hat die machtpolitischen Optionen der CDU auf die schwarz-gelbe reduziert, indem sie einer neuerlichen großen Koalition eine ebensolche Absage erteilte wie einer schwarz-grünen, auch „Jamai-ka“ komme nicht in Frage. Damit hat sie stark auf die von Grünen und SPD seit Monaten inszenierte Lagerdebatte geantwortet. Das wäre an sich nicht weiter spannend, könnte als machtpolitisches, taktisches Kalkül abgetan werden, wenn Merkel das gegnerische Lager nicht der Verantwortungslosigkeit geziehen und damit quasi als vaterlandsverräterisch bezeichnet hätte („Die SPD ist auf der Flucht“, „Die Grünen sind ständig gegen etwas... das Gegenteil von bürgerlicher Politik“). So aber ist diese Kritik an der Opposition ein weiterer Baustein und zugleich ein Beleg für den neuen autoritären Stil und Begriff von Politik, Merkel erhebt sich damit über die Parteien wie weiland Wilhelm II.

Dieser autoritäre Gedanke zieht sich



Kaiser-Wilhelm-Denkmal am „Deutschen Eck“ in Koblenz

durch die ganze Rede. Es ist von Kommentatoren richtig bemerkt worden, dass Merkel sich auf diesen Parteitag als Konservative inszeniert hat. Sie hat das getan, indem sie CDU-Politik als wurzelnd in der Geschichte der CDU einerseits, im Christentum andererseits beschrieb. Daran ist interessant, dass sie sich eben nur auf die eigene, gewissermaßen dynastische Geschichte beruft und eben nicht auf die des Landes oder gar der Republik.

Der autoritäre Gedanke prägt auch die gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellung Merkels. Deutschland ruhe auf drei Säulen. Erstens auf einer zukunftsfähigen wirtschaftlichen Basis. Hier wird das Wohl des Vaterlandes klar an die wirtschaftliche Stärke in der globalen Standortkonkurrenz, an die Exportorientierung gebunden. Zweitens gehe es um die Sicherheit der Bürger. Drittens gelte es den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken: Volk und Familie, Gemeinschaft, die darüber hinaus auf dem Ehrenamt und auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität basiert. Wobei Subsidiarität eben obrigkeitlich von Merkel

so interpretiert wird, dass es darauf ankomme, die Entscheidungen nahe bei den Menschen zu treffen. Also nicht sie selbst, sondern für sie. Dass dies nicht nur Rhetorik ist zeigt der Antrag „Faire Chancen für jedes Kind!“, in dem gegenüber den sozial Schwachen eine patriarchale Haltung, die mehr Kontrolle und nicht Emanzipation beinhaltet, eingenommen wird.

Wenn die Beobachtung richtig ist, dass es eine länger andauernde Erosion der Bindungen von Wählerschichten zur CDU gibt, sich die emotionsgeladenen Konfliktlinien der Modernisierung quer durch die CDU ziehen, die Mittelschicht Tendenzen der Polarisierung, gar der ideologischen Spaltungen zeigt, Bürgerinnen und Bürger Orientierung und Engagement jenseits der Parteien suchen (und finden!), besonders etwa in Baden-Württemberg, wo der Modernisierungskurs stärker als anderswo die Konservativen verunsicherte, dann scheint die Belebung der großen autoritären Ordnungsvorstellung durch die CDU plausibel. Allerdings sollten gleichzeitig bei liberaler demokratisch Gesinnten die Alarmglocken läuten.

Dr. Harald Pätzolt, 22.11.2010

(1) Gewählt wurden als Vorsitzende A. Merkel, als Generalsekretär H. Gröhe, als StellvertreterInnen U. von der Leyen, A. Schavan, V. Bouffier, N. Röttgen. Dem Präsidium gehören an: E. von Kladden, W. Schäuble, Ph. Mißfelder, St. Tillich, K.-J. Lauer, A. Kramp-Karrenbauer, J. Glöckner.

(2) Der Parteitag fasste folgende Beschlüsse:

- Zukunft der Bundeswehr (Kern: Aussetzung der Wehrpflicht)
- Faire Chancen – für jedes Kind! (Kern: Deutschland braucht jedes Kind)
- Verantwortung Zukunft (Ein Beschluss zwischen Programm und Arbeitsplan, über 2013 hinaus weisend. Kernpunkte sind: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum/Soziale Marktwirtschaft, Nachhaltige Energiepolitik, Nachhaltige Mobilität, Bildungsrepublik Deutschland, Förderung der Familien, Herausforderung Demographie annehmen, Stärkung Kommunen, Zuwanderungs- und Integrationspolitik, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Digitale Kultur)
- Präimplantationsdiagnostik (Ablehnung PID)

Weitere Beschlüsse brachten die Aufnahme der Leiharbeit ins Arbeitnehmerentendengesetz, Bekämpfung der Altersarmut durch Stärkung der Tarifautonomie, Allgemeinverbindlichkeits-erklärung von Tarifverträgen sowie Branchenmindestlöhne über das Arbeitnehmerentendengesetz. „Und die Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung darf nicht zu einer verdeckten Rentenkürzung führen.“

Schweiz: Gesetzlicher Mindestlohn für Hausangestellte

Mindestens 18,20 Franken (ca. 14 Euro) pro Stunde sollen Hausangestellte künftig verdienen. Für Angestellte mit Berufserfahrung geht der Ansatz bis zu 22 Franken. Mit dem Normalarbeitsvertrag für die Branche hat der Bundesrat erstmals einen Mindestlohn festgelegt. Dies ist nur unter Bedingungen möglich, etwa dass innerhalb einer Branche die orts- und branchenüblichen Löhne wiederholt in missbräuchlicher Weise unterboten wurden. In der Hauswirtschaft ist dies oft der Fall, wie eine Studie der Drei-Parteien-Kommission des Bundes gezeigt hat. Auch die Kantone beobachten, dass immer mehr Personen aus Tieflohnländern der neuen EU-Mitgliedstaaten in privaten Haushalten angestellt werden. Darum beantragte die Drei-Parteien-Kommission im Bundesrat schon vor knapp zwei Jahren den Erlass eines Mindestlohnes in der Hauswirtschaft. Diesem Ersuchen ist die Regierung nun nachgekommen. Mit der Einführung von Mindestlöhnen soll verhindert werden, dass durch der Ausweitung der Freizügigkeit Personen zu Löhnen in Schweizer Haushalten arbeiten, welche weit unter dem branchenüblichen Niveau liegen, teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft mit. Der Normalarbeitsvertrag enthält drei verschiedene Ansätze: Für ungelernte Angestellte ohne Berufserfahrung beträgt der Mindestlohn 18,20 Franken pro Stunde. Für ungelernte Angestellte, die über vier Jahre Berufserfahrung in der Hauswirtschaft verfügen, wurde der Lohn auf 20 Franken festgesetzt. Gelernte Hausangestellte mit einer dreijährigen beruflichen Grundbildung und einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis erzielen einen minimalen Stundenlohn von 22 Franken und gelernte Hausangestellte mit einem Berufsattest für eine zweijährige Berufsbildung 20 Franken. Der Mindestlohn gilt nur für Angestellte in privaten Haushalten. Heime, Pensionen, Anstalten oder Spitäler sind davon nicht erfasst. Er kommt nur für Angestellte zum Zug, die durchschnittlich mindestens 5 Stunden pro Woche im gleichen Haushalt arbeiten. Der Normalarbeitsvertrag tritt Anfang 2011 in Kraft und gilt bis Ende 2013 in der ganzen Schweiz mit Ausnahme von Genf. Der Kanton hat für die Branche schon früher einen Mindestlohn eingeführt. (Quelle: www.nachdenkseiten.de, LabourNet-Germany 29.10.2010)

Internationale Gewerkschaften gegen Repression in Korea

Im Vorfeld der für den 11. bis 12. November in Seoul, Südkorea, angesetzten Tagung der G 20 forderten interna-



tionale Gewerkschaftsorganisationen, Druck auf die koreanische Regierung auszuüben, damit sie ihr repressives Arbeitsrechts- und Beschäftigungsregime mit den internationalen Normen und ihren eigenen Verpflichtungen in Einklang bringt.

Die IAO hat die Regierung Südkoreas wiederholt aufgefordert, ihre Arbeitsgesetzgebung abzuändern, die legitime gewerkschaftliche Tätigkeiten kriminalisiert, zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Sektors daran hindert, Gewerkschaften beizutreten oder Kollektivverhandlungen zu führen, und den massiven Einsatz von prekären Beschäftigungsverhältnissen fördert, um Arbeitnehmern/innen ihre kollektiven Rechte zu verweigern. Trotz der 1996 eingegangenen Verpflichtung haben sich die derzeitige ebenso wie frühere koreanische Regierungen geweigert, die IAO-Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Kollektivverhandlungen) zu ratifizieren.

Von Artikel 314 des Strafgesetzbuchs über „Geschäftsbehinderung“ wird routinemäßig Gebrauch gemacht, um Gewerkschaftsführer und -mitglieder zu verhaften und einzusperren und Geldstrafen in Millionen-Dollar-Höhe zu verhängen, um gewerkschaftliche Tätigkeiten zu lähmen. In den letzten 18 Monaten sind mehr als 300 Gewerkschafter inhaftiert worden.

Eine „lockere“ Definition der „lebenswichtigen Dienste“ gestattet es der Regierung, zahlreichen Beschäftigten des öffentlichen Sektors das Recht vorzuenthalten, einer Gewerkschaft beizutreten. Gewerkschaften von staatlichen Bediensteten, Lehrern/Lehrerinnen sowie Bau- und Transportarbeitern/innen wird das Recht verweigert, über 250 000 Beschäftigte zu vertreten.

Ausgelagerte Arbeit, nach außen vergebene Arbeit (Leiharbeit) und andere Formen von prekärer Arbeit sind aggressiv gefördert worden, um ganzen

Beschäftigtengruppen ihr Recht auf gewerkschaftliche Vertretung vorzuenthalten. Rund 50% aller Erwerbstätigen in Korea haben heute keinen unbefristeten, direkten Dauerarbeitsvertrag. Die der KCTU angeschlossenen koreanischen Metallarbeiter/innen haben Unternehmen ermittelt, die in einer einzigen Fabrik bis zu einhundert Arbeitskräftevermittler einsetzen, allein um die Arbeiter/innen daran zu hindern, einer Gewerkschaft beizutreten und mit dem eigentlichen Arbeitgeber zu verhandeln.

Im Rahmen eines wichtigen Beschlusses forderte der IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit letztes Jahr die Regierung Koreas auf, der missbräuchlichen Verwendung von prekären Verträgen mit dem Ziel, Arbeitnehmer/innen ihre Rechte vorzuenthalten, ein Ende zu bereiten.

Die einzige Arbeitsrechtsreform ist jedoch ein geplantes Gesetz, mit dem die derzeitige Frist von zwei Jahren, nach der Leiharbeitskräfte fest angestellt werden müssen, auf vier Jahre verlängert werden soll. Sungjong Lee, der Direktor für Grundsatzfragen des der IUF angeschlossenen Koreanischen Bundes der privaten Dienstleistungsgewerkschaften (KFSU), verurteilt das geplante Gesetz, weil die Arbeitgeber es sich zunutze machen werden, um sich ihrer Verpflichtung, prekäre Arbeitskräfte fest anzustellen, zu entziehen. Die meisten Arbeitgeber, erklärt Lee, werden Leiharbeitskräfte, deren Vertragsumwandlung ansteht, einfach durch neue, prekäre Arbeitskräfte ersetzen.

Ein neuer Gesetzesvorschlag würde auch das Spektrum der Tätigkeitsgruppen, für die Leiharbeit eingesetzt werden darf, von derzeit 32 um bis zu 17 weitere Tätigkeitsgruppen erweitern (entsprechend den „Markterfordernissen“). Laut Nambee Park, der Präsidentin der der IUF angeschlossenen Koreanischen Frauengewerkschaft,

hat dies schon dazu geführt, dass viele direkt beschäftigte weibliche Arbeitnehmer auf Leiharbeit umgestellt worden sind, mit der entsprechenden Einbuße an Sicherheit, Löhnen und Leistungen. Wenn die verbleibenden Beschränkungen der Leiharbeit beseitigt werden, meint Park, wird es zu einer weiteren Ausbreitung der gering entlohten Arbeit, größerer Unsicherheit und zunehmender geschlechtlicher Diskriminierung kommen.

Die globalen Gewerkschaftsbünde IGB und TUAC fordern, Druck auf die G20-Regierungen auszuüben, um dafür zu sorgen, dass die dringende Notwendigkeit einer Reform des Arbeitsrechts auf der G20-Tagung in den Vordergrund rückt.

(Quelle: <http://cms.iuf.org> 25.10.2010)

Indonesien: Seit vier Monaten im Streik

Das japanische Unternehmen PT Kanefusa Indonesia aus Djakarta hat 166 seiner rund 500 Arbeiter entlassen und stattdessen Zeitarbeiter eingestellt. Der Grund: Die Belegschaft streikt, nachdem Vermittlungsversuche gescheitert sind. Die Arbeiter sind seit vier Monaten im Streik. PT Kanefusa bezichtigt die entlassenen Arbeiter, dass sie einen illegalen Streik durchführen. Es geht um die Forderung der Belegschaft, eine Umgruppierung der Zuordnung des Unternehmens vorzunehmen: Statt weiterhin als Produzent von Haushaltswaren zu gelten, soll es, der Realität entsprechend, als Unternehmen, das Industriewaren produziert eingeordnet werden. Was bedeutende Lohnerhöhungen mit sich bringen würde, weswegen sich das Management rundweg weigert. (Quelle: Labournet 5.11.2010)

Foxconn: Die Herren Asiens?

Nicht nur in China macht der Elektronik-Multi Foxconn Schlagzeilen, auch das Werk in der Sonderwirtschaftszone Chennai im indischen Bundesstaat Tamil Nadu erweist sich als Ort des Herrschens. Zwar hatte die indische Regierung vor allem aufgrund des Drucks sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften ausdrücklich beschlossen, dass auch in den wirtschaftlichen Sonderzonen die indischen Arbeitsgesetze gelten, inklusive des Rechts auf Organisation, aber was kümmert das einen echten Global Player. Wegen eines Streiks zur Anerkennung der Betriebsgewerkschaft wurde die Polizei gerufen und Hunderte festgenommen. Von den 7 800 Beschäftigten in diesem Werk sind fast 6 000 in Subunternehmen beschäftigt oder haben Zeitverträge.

(Quelle: Labournet 5.11.2010)

Weihnachten auf den Schienen – Castor-Transport rollt nach Lubmin!

LUBMIN. Vom 21. bis 23. Dezember wird ein Transport mit hoch radioaktiven Castor-Behältern aus dem französischen Cadarache nach Lubmin rollen. Ein breit angelegtes Bündnis aus verschiedenen Vereinen, Initiativen, Organisationen und Privatpersonen organisiert für diese Tage Aktionen in Lubmin, Greifswald und ganz Mecklenburg-Vorpommern, um gegen den Castor-Transport zu demonstrieren. Auftakt des Protests ist eine Großdemonstration am 18. Dezember um 13 Uhr in Greifswald. Der Zug mit vier Castor-Behältern aus Cadarache in Frankreich transportiert hochradioaktiven Abfall, der ursprünglich aus dem Forschungsschiff Otto Hahn in Geesthacht und dem Forschungsreaktor in Jülich stammt. Mögliche Transportstrecken führen beispielsweise über Hamburg, Schwerin, Ludwigslust oder Rostock. Forderung des Bürgerinnen-Bündnisses ist außerdem die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit. „Sofort alle Atomanlagen abschalten und ein Transportmoratorium für radioaktive Stoffe! Dies ist der einzige verbleibende Weg, um aus dem Schlamassel der Nutzung der Atomenergie vielleicht noch herauskommen zu können!“, so Daniel Daedlow aus Rostock www.contratom.de

„Zug der Erinnerung“: Demonstration im Dezember

BERLIN. Als unannehmbar und beleidigend weisen frühere „Reichsbahn“-Deportierte eine „humanitäre Geste“ der Deutschen Bahn AG zurück. Das Nachfolgeunternehmen der NS-„Reichsbahn“, die etwa drei Millionen Menschen in die Vernichtungslager fuhr, weigert sich, die Überlebenden zu entschädigen und bietet ihnen stattdessen je 25 Euro an. Unter Abzug von Verwaltungskosten soll dieser einmalige Betrag auf etwa 200 000 „Reichsbahn“-Opfer in Osteuropa entfallen. Da an eine individuelle Barauszahlung nicht gedacht ist, müssen die 25 Euro sämtliche „Sachleistungen“ abdecken. Jeweils 500 Euro hatte die DB AG in diesem Sommer den Leidtragenden eines zeitweisen Ausfalls von Klimageräten in ihren ICE-Zügen überwiesen.

„Angesichts der Schwere der physischen und moralischen Verbrechen bei der Deportation der Gefangenen“ seien „Form und Umfang“ des DB-Angebots „unannehmbar“, schreiben Opferverbände aus der Ukraine, Weißrussland und Russland in einer „Gemeinsamen Erklärung“. Ihre Mitglieder, die heute in hohem Alter sind, waren zumeist als Kinder mit der „Deutschen Reichsbahn“ verschleppt worden. Sie hat-

ten sich im Frühjahr 2010 an die DB AG gewandt und auf die Schulden des Vorgängerunternehmens hingewiesen. Der Konflikt zwischen der DB AG und den NS-Opfern belastet die bevorstehenden Feierlichkeiten zum 175. deutschen Bahnjubiläum. Den Festakt wollen Bahnchef Grube, die Bundeskanzlerin und 500 prominente Gäste aus Wirtschaft und Politik Anfang Dezember in Nürnberg begehen. In- und ausländische Opferorganisationen unterstützen eine Protestdemonstration, die der „Zug der Erinnerung“ angekündigt hat, ebenfalls in Nürnberg.

www.zug-der-erinnerung.eu

20. Todestag Amadeu Antonio: Opfer rechter Gewalt dürfen nicht vergessen werden

EBERSWALDE. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 wurde der junge Angolaner Amadeu Antonio von einer Gruppe Neonazis durch Eberswalde gejagt und mit Lattenzäunen und Baseballschlägern misshandelt. Am 6. Dezember 1990 erlag er seinen schweren Verletzungen. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach der Wende. Diesen Dezember jährt sich sein Todestag zum zwanzigsten Mal. Am 6. Dezember findet in Eberswalde eine Gedenkfeier für Amadeu Antonio im Anschluss an das Gedenken an der Erinnerungstafel, Eberswalder Straße 26 im Tourismuszentrum, Am alten Walzwerk 1, 17 Uhr statt. Für die Amadeu Antonio Stiftung ist dieses Datum nicht nur ein Anlass zur Erinnerung, sondern zugleich eine Verpflichtung sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aktiv zu engagieren.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/

Beratungsstellen fordern: „Extremismusklausel“ zurücknehmen!

POTSDAM. Mobile Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt schließen sich der Kritik an der „Extremismusklausel“ an. Sie begrüßen die Entscheidung des sächsischen Vereins AKuBiZ, den mit 10 000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreis nicht anzunehmen. In der Erklärung der Gruppen heißt es: „Eine erfolgreiche mobile Beratung gegen Rechtsextremismus sowie eine professionelle Beratung von Opfern rechter Gewalt basieren auf einem breit angelegten Netzwerk. Unsere Kooperationspartner kommen aus unterschiedlichen politischen und sozialen Feldern. Den gemeinsamen Nenner dieses Netzwerks bilden demokratische Grundüberzeugungen, die Menschenrechte und das konsequente Eintreten gegen Rechtsextremismus und für die Opfer. Wir können und wollen die politische Einstellung unserer

Kooperationspartner nicht überprüfen. Die Netzwerke, die in den vergangenen Jahren aufgebaut worden sind, würden anhaltend geschwächt. Die in Sachen verwendete „Extremismusklausel“ entstammt einem Entwurf aus dem Bundesfamilienministerium, mit der ab dem kommenden Jahre eine Überprüfung aller vom Bund geförderten Vereine, Projekte und Initiativen geplant wird. Wir fordern das Familienministerium auf, diese Klausel zu streichen, die einem „Generalverdacht“ gleichkommt. Eine Schwächung der Projekte und Initiative gegen Rechts wäre die Folge. Das kann niemand wollen!“

www.opferperspektive.de

Verein lehnt Integrationspreis ab

DRESDEN. Erneut hat in Dresden ein Verein einen von der Landesregierung gestifteten so genannten Integrationspreis abgelehnt. Bei der offiziellen Preisverleihung im sächsischen Landtag am 12.11.2010 lehnte die „Internationalen Gärten Dresden e.V.“ den mit 1.500 Euro dotierten zweiten Preis ab und begründete die Entscheidung mit den desolaten Zuständen in den Flüchtlingsunterkünften in der sächsischen Landeshauptstadt. In den sanierungsbedürftigen Gebäuden müssen die wenigen verbliebenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Dresden gemeinsam mit ihren Familien oft mehrere Jahre leben. Außerdem warf der Verein dem sächsischen Ausländerbeauftragten Martin Gillo (CDU) in einer Rede fehlende Unterstützung für die Idee einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen vor.

Erst am 30. September hatte sich der Dresdner Stadtrat mit den Stimmen der CDU und FDP gegen eine dezentrale Unterbringung ausgesprochen. Ralph Schreiber, Sprecher der sächsischen Sozialministerin Christine Clauß (CDU), bezeichnete die Ablehnung als „nicht nachvollziehbar, unverständlich und sehr bedauerlich“. Der Ausländerbeauftragte Martin Gillo bedauerte die Entscheidung und verwies auf „geltendes deutsches Gesetz“. Der Pirnaer AKuBiZ e.V., Gewinner des diesjährigen Sächsischen Demokratiepreises, begrüßte die Weigerung des Vereins als Beispiel für gelungene Integration und weltoffene Sachsen instrumentalisiert zu werden und verwies auf eigene Erfahrungen im Umgang mit Flüchtlingen in der Sächsischen Schweiz. Ziel des vor fünf Jahren gegründeten Vereins ist es, mit Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern gemeinsam Obst und Gemüse anzubauen und sich dabei kennen zu lernen. Neben den gärtnerischen Tätigkeiten bietet der Verein auch Raum für Fortbildungen sowie kulturelle und soziale Veranstaltungen.

www.addn.me

Kinderrechte für alle Kinder in Deutschland verwirklichen!

BERLIN. Anlässlich des Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November fordert das Aktionsbündnis Kinderrechte (UNICEF, Deutsches Kinderhilfswerk und Deutscher Kinderschutzbund) die Bundesregierung auf, die Rechte der Kinder endlich dauerhaft zum Maßstab ihres politischen Handelns zu machen. Kurzfristig müssen zahlreiche Gesetze geändert werden, die dem Geist der Kinderrechtskonvention widersprechen – insbesondere im Ausländerrecht. Auf lange Sicht fehlt vor allem ein Gesamtkonzept zur Stärkung der Kinderrechte und zur Verbesserung der Situation benachteiligter Kinder in Deutschland. Die Bundesregierung hat den ausländerrechtlichen Vorbehalt Deutsch-



lands zur Kinderrechtskonvention im Juli 2010 zwar zurückgenommen, gleichzeitig aber betont, sie sehe keinen Bedarf an gesetzlichen Änderungen. Aus Sicht des Aktionsbündnisses und zahlreicher weiterer Nichtregierungsorganisationen sind jedoch dringende Änderungen im Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrecht nötig, damit Flüchtlingskinder nicht länger diskriminiert werden. „Die Kinderrechte gelten für alle Kinder – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft“, sagte der Vorsitzende von UNICEF Deutschland Jürgen Heraeus. „Ein ausländisches Kind darf nicht schlechter behandelt werden als ein deutsches Kind. Deutschland verstößt gegen diesen Grundsatz und muss die Gesetze jetzt so schnell wie möglich anpassen.“ „Bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, muss das beste Interesse des Kindes Vorrang haben“, sagte der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Heinz Hilgers. „Deutschland muss endlich kindergerecht werden. Bundesregierung, Länder und Kommunen müssen allen Kindern gleiche Chancen auf Ausbildung und Teilhabe an der Gesellschaft geben.“ www.unicef.de

„Wulff muss Atomgesetz stoppen!“

BERLIN. Mit einer gemeinsamen Pressekonzferenz haben das Kampagnennetzwerk Campact und die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) Bundespräsident Wulff aufgefordert, die Atomrechtsnovellen wegen „durchgreifender verfassungsrechtlicher Bedenken“ nicht zu unterzeichnen. Die Regierung will die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ohne Zustimmung des Bundesrats durchsetzen. Wulff muss nun entscheiden, ob er das Gesetz trotzdem zum Jahreswechsel in Kraft treten lässt. Das Kampagnennetzwerk Campact hat daher die Kampagne „Wulff tu's nicht“ gestartet und bereits über 110 000 Unterschriften unter einem Online-Appell gesammelt. „Das neue Atomgesetz begegnet in mehrfacher Hinsicht schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Bedenken. Das betrifft zum einen die Umgehung des Bundesrates. Die Bundesregierung selbst schreibt der Atomenergie in der Gesetzesbegründung für die Zukunft eine gegenüber der Gegenwart veränderte Rolle zu“, sagt Cornelia Ziehm, Leiterin Klimaschutz und Energiewende der DUH. „Wegen des zunehmenden Beitrags der erneuerbaren Energien müssen die Atomkraftwerke technisch anders betrieben werden.“ Das aber bedeute neuartige Anforderungen an die Atomaufsicht, verbunden mit ebenso neuartigen Nachrüstungsanforderungen. Damit erhalte die Atomaufsicht der Länder eine „wesentlich andere Bedeutung und Tragweite“. Dies wiederum löse nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Zustimmungsbedürftigkeit eines Gesetzes aus. „Fragwürdig ist zudem die pauschale Laufzeitverlängerung qua Gesetz. Notwendig wäre zunächst eine Einzelfallprüfung jedes Reaktors durch die Exekutive“, so Ziehm weiter. Das Kampagnennetzwerk Campact veröffentlichte eine repräsentative Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Emnid in der letzten Woche durchführte. Demnach sind 66 Prozent der Bundesbürger der Meinung, dass Bundespräsident Wulff dem umstrittenen Atomgesetz seine Unterschrift verweigern sollte.

www.campact.de



NRW plant Wahlrecht für Ausländer

DÜSSELDORF. Die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen will einen Vorstoß starten, um Bürgern mit ausländischem Pass in Deutschland ein kommunales Wahlrecht zu geben. Dies berichtet die in Bielefeld erscheinende Neue Westfälische. Zülfiye Kaykin (SPD), Staatssekretärin im NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, kündigte dies auf einem Integrationskongress in Bielefeld an. NRW wolle dieses Ansinnen in den Bundesrat tragen, so Kaykin. Sie kündigte zugleich die Verabschiedung eines Integrationsgesetzes für NRW an, das zum 1. Januar 2012 greifen solle. „Eine aktive und systematische Integrationspolitik ist unverzichtbar für das Land NRW“, sagte sie. <http://p2news.com/politik/nrw-plant-wahlrecht-fur-auslander>

Rote Karte für das Sparpaket!

BERLIN. Am 26. November 2010 will die Bundesregierung ihr „Sparpaket“ im Bundestag zur Abstimmung stellen. Ein Bündnis verschiedener Gruppen unter der Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft!“ ruft zum Widerstand auf: „Wir werden als Akt des zivilen Ungehorsams mit möglichst vielen Menschen am Tag der Entscheidung über das ‚Sparpaket‘ den Bundestag belagern. Zusammen drücken wir mit unserer Belagerung ein unmissverständliches Nein gegenüber diesem Angriff auf unsere Interessen aus. Wir lassen uns von keinem Bannmeilengesetz davon abhalten, unseren Protest direkt vor Ort zu verdeutlichen. Wer es auf unsere Lebensgrundlage abgesehen hat, muss mit Störungen rechnen. Wir sind die Betroffenen des Sparpakets und wir werden da sein, wenn über unsere Köpfe hinweg entschieden wird: Nicht in unserem Namen! Spart euch euer Sparpaket, eure Krise, euren Kapitalismus! Mit unserem Protest gegen das Sparpaket sind wir nicht allein: In Deutschland und ganz Europa sind für die nächsten Wochen Aktionen gegen die unsoziale Sparpolitik der herrschenden Regierungen angekündigt.“ www.kapitalismuskrise.org

Steag-Verkauf kurz vor der Entscheidung

Mitte Dezember fällt die Entscheidung, ob das Stadtwerke-Konsortium aus sechs Ruhrgebietsstädten oder die tschechische Energie- und Industrieholding EPH den Zuschlag für den Kauf von 51 % der Steag erhält (s. PB 10,11). Der politische Wille dafür ist von den Kommunen bis hin zur Landesregierung groß und die Angebote sollen nicht weit auseinander liegen. Deshalb wird allgemein erwartet, dass die Stadtwerke das Rennen machen. Damit würde eine in dieser Form noch nicht da gewesene neue Struktur wirtschaftlicher Betätigung kommunaler Unternehmen entstehen, mit noch nicht absehbaren Folgen. Die beteiligten Stadtwerke bleiben aber unverändert erhalten. Neu hinzu kommt laut Presseberichten eine Vorschaltgesellschaft, die als Komplementär GmbH die Steag-Beteiligung hält und an der die Stadtwerke als Teilhafter unterschiedlich stark beteiligt sind. Laut NRZ v. 17.11. liegt der Kaufpreis bei mindestens 614 Mio. Euro. Die Eigenkapitaleinlage der Stadtwerke beträgt 30 % (184 Mio. Euro), die restlichen 70 % (430 Mio. Euro) sollen im Rahmen einer Projektfinanzierung fremdfinanziert werden. Die Eigeneinlage leisten die Stadtwerke zum Teil aus der vorhandenen Liquidität oder durch zusätzliche Kredite. Die Haftung beschränkt sich auf diese Eigenkapitaleinlage, das wären z.B. für die Essener Stadtwerke knapp 28, für die Bochumer ca. 33 Mio. Euro, ein Rückgriffsrecht auf die städtischen Haushalte soll es nicht geben. Neuesten Meldungen zufolge will Evonik noch auf den letzten Drücker durchsetzen, dass sich die Stadtwerke gleichzeitig verpflichten, in drei bis fünf Jahren auch die restlichen 49 Prozent zu einem festen Preis zu kaufen. Um diese so genannte Put-Option abzudecken, müssten sich die Stadtwerke bereits jetzt zur Zahlung der vollen 1,2 Mrd. Euro verpflichten. Wie das gehen soll ist unklar. So hat in Essen der Rat in der letzten Woche zwar als erster der Steag-Übernahme einstimmig zugestimmt, aber in dem dort gefassten Beschluss ist von der Put-Option keine Rede. Auch die bisher gefassten Aufsichtsratsbeschlüsse decken das nicht ab. Darauf einlassen können sich die Käufer sowieso nicht. Bisher wurde diese Put-Option als Vorkaufsrecht beschrieben und nicht als Verpflichtung. Dabei sollte es bleiben.

Die Linke stimmt zu

Die Stadtwerke versprechen sich von dem Geschäft eine bessere Positionierung auf dem liberalisierten Strom-

markt. Sie wollen früher in die sog. Wertschöpfungskette einsteigen, denn obwohl der Anteil der Stadtwerke am Vertrieb bundesweit rund 70 % beträgt, ist der Anteil an der Erzeugung dagegen mit 10 % niedrig und zum größten Teil in den Händen der vier großen Energiekonzerne. Aus dieser Abhängigkeit wollen sich die Stadtwerke lösen. Sie sehen ihre Existenz gefährdet und befürchten von den großen Konzernen vom Markt gedrängt zu werden, wenn sie nicht stärker in die Stromproduktion einsteigen. Das finanzielle Risiko wird von den Verantwortlichen auch bei sehr konservativen Annahmen als vertretbar dargestellt, so richtig überprüfen kann das niemand, aber die Steag hat in den vergangenen Jahren hohe Gewinne erwirtschaftet. Zudem wird es als positiv gewertet, dass die Steag ein stabiles Fernwärmegeschäft betreibt und einer der Marktführer im Bereich der erneuerbaren Energien ist und damit durch die EEG-Vergütungen zumindest in diesem Bereich von den Marktrisiken abgekoppelt ist. Von diesen und anderen Argumenten haben sich die Aufsichtsräte und Kommunalpolitiker fast aller Fraktionen überzeugen lassen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Stadtwerke in den durch den Strukturwandel hoch verschuldeten Ruhrgebietskommunen wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge, so z.B. den Nahverkehr, querfinanzieren.

Auch die linken Fraktionen haben sich nach langen Diskussionen dazu entschlossen, diesem Geschäft zuzustimmen, wenn auch teilweise mit Bauchschmerzen, wie es ein Beteiligter ausdrückte. Es wird in dieser Kommunalisierung eine Chance gesehen, die Stadtwerke zu stärken und einen größeren Einfluss auf eine Ausrichtung zur regenerativen Erzeugung nehmen zu können, als es bei einem Privaten der Fall wäre. Außerdem versucht das linke Bündnis auf diesem Weg politische Leitlinien in den Gremien vor Ort durchzusetzen (s. PB 11). Es ist absehbar, dass diese Leitlinien sehr wahrscheinlich in dieser oder ähnlicher Form von den meisten Stadtparlamenten verabschiedet werden, ziemlich sicher gilt das für Bochum und Duisburg. In Essen ist der gemeinsame Antrag mit der SPD allerdings gescheitert, weil die grüne Fraktion einen eigenen ähnlichen Antrag eingebracht hat, und mit ihren bürgerlichen Bündnispartnern von CDU, FDP und dem Bürgerbündnis EBB verabschiedet hat. Das ist ärgerlich, zwar haben die Grünen die meisten Forderungen der Linken schlicht übernommen, aber auch noch

zusätzlich die Beibehaltung und sogar Ausweitung der Auslandsgeschäfte gefordert. Die Linke tritt demgegenüber für eine schrittweise Entkoppelung von den Auslandsgeschäften ein, steht aber vor dem Problem, dass ausgerechnet diese Geschäfte hochprofitabel sind und zur Finanzierung der Kredite benötigt werden. Wenigstens bestätigen sich Befürchtungen über Kinderarbeit in Kolumbien sehr wahrscheinlich nicht, laut Aussagen der Verantwortlichen wird unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und der örtlichen Mindestlöhne gearbeitet. Das prinzipielle Problem aber, dass Auslandsgeschäfte nicht mit dem öffentlichen Zweck der kommunalen Daseinsvorsorge vereinbar sind, bleibt bestehen.

Viele offene Baustellen

Wenn das Geschäft zustande kommen sollte, gibt es noch weitere Probleme, so z.B. beim ökologischen Umbau der Steag. Zwar ist die von den Stadtwerken geplante Schließung von vier Kraftwerksblöcken in Lünen, Herne und Völklingen und der Neubau eines Gas- und Dampf-Kombikraftwerkes in Herne unstrittig. Aber ob sich ein weiterer Ausbau regenerativer Energie aus den möglichen Gewinnen der Steinkohlekraftwerke realisieren lässt, ist schon deshalb unklar, weil diese Gewinne auch ausbleiben können, wenn es z.B. auf den Energiemärkten anders läuft als geplant. Und auch wenn es gut läuft, ist nicht gewährleistet, dass sich ein solcher eventueller gesellschaftlicher, politischer Wille über den Weg der politischen Gremien bis in die Konsortialgesellschaft durchsetzen kann. Denn selbst wenn ein kommunaler Beirat eingerichtet wird, fehlt der neuen wirtschaftlichen Struktur das entsprechende Gegengewicht in Augenhöhe auf der politischen Ebene, das auch „harte“ Maßnahmen ergreifen kann. Auf der örtlichen Ebene Rat/Stadtwerke kann der Rat immerhin über den Gesellschaftsvertrag und die Aufsichtsräte Einfluss und Kontrolle ausüben, bis hin zur Entlassung des Geschäftsführers. Selbst bei dieser Konstellation lässt die Transparenz bei Entscheidungen oft zu wünschen übrig. Bei der neuen Konsortialgesellschaft finden die Kontrollfunktionen der Räte über noch größere Umwege statt. Antworten auf die Frage, welche grundsätzlichen Veränderungen notwendig sind, um die demokratische Mitwirkung zu stärken, fehlen bisher.

Womöglich gibt es auch technische Grenzen der (Re)Kommunalisierung. Während es im ländlichen Raum teil-

weise möglich ist, durch eine Mischung verschiedener kleinerer Maßnahmen eine einigermaßen dezentrale und ökologische Energieversorgung hinzubekommen, sieht das für Ballungsräume mit Industrie wie dem Ruhrgebiet schon völlig anders aus. Deshalb kommen die Stadtwerke ja auf die Idee, mit der Steag große Kraftwerke zu erwerben. Am Ende kommt dabei eine Holding heraus, die zur Hälfte oder in ein paar Jahren vielleicht vollständig Stadtwerken gehört, die zum Teil ganz und zum Teil mit RWE-Beteiligungen

in kommunaler Hand sind. Wenn mit Kommunalisierung aber auch gemeint ist, dass hoheitliche Aufgaben von den Kommunen übernommen werden, kann dann bei diesem Konstrukt angesichts der damit verbundenen wirtschaftlichen Macht der Holding und den unzureichenden Kontrollmechanismen überhaupt noch von Kommunalisierung gesprochen werden? Zumindest aber entsteht ein ökonomisches Ungleichgewicht in der Region zwischen den Konsortialkommunen und den kleineren Kommunen.

Diese neue kommunale Wirtschaftsstruktur wird, wie auch immer, strukturiert auf die Gesellschaft wirken und ein Eigenleben entwickeln. Die Linke hat sich zur kritischen Begleitung entschieden und muss ganz genau hinsehen. Der Philosoph John Rawls hat in Anlehnung an einen deutschen Philosophen sinngemäß gesagt: Schaue auf die Welt vernünftig und sie wird vernünftig auf Dich zurückschauen! Was ist aber, wenn Kommunen wie ein kapitalistischer Konzern auf die Welt schauen?
Thorsten Jannoff

Hamburg.

10 Somalier angeklagt

Zu Beginn des sogenannten Piratenprozesses am 22. November gab die Verteidigung der Angeklagten Somalier – neben Erwachsenen auch Kinder bzw. Jugendliche und Heranwachsende – eine Erklärung ab, die einige politische und vor allem gravierende rechtliche Probleme dieses zweifelhaften Verfahrens beleuchtet. (Red.)



Aus Sicht der Verteidigung sind folgende Fragen vorrangig zu klären:

Die Heimat der zehn Angeklagten ist Somalia in Ostafrika. Somalia wird seit 1991 zerfressen vom Bürgerkrieg; das Land wird von der UNO als „failed State“ eingestuft – ein Land, dem selbst die UNO nicht mehr helfen kann. Die politischen und sozialen Strukturen sind – ähnlich wie in Afghanistan – weitgehend zerstört.

Hunderttausende Somalis hungern, die medizinische Versorgung ist zusammengebrochen. Immer wieder kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen rivalisierender Clanmilizen mit erheblichen Opferzahlen, die Al-Shabab terrorisiert große Teile der Bevölkerung. Das somalische Volk leidet; eine innerstaatliche Fluchalternative besteht nicht. Die Angeklagten wurden am 5. April 2010 auf hoher See vor der somalischen Küste festgenommen und sind über die Niederlande nach Hamburg überstellt worden. Aus der Sicht der Verteidigung sind folgende Fragen vorrangig zu klären:

1. Nach § 19 StGB kann nur bestraft werden, wer zur Tatzeit mindestens 14 Jahre alt ist. Bei einem der hier Angeklagten gibt es gravierende Zweifel an seiner „Strafmündigkeit“; gegen einen nicht strafmündigen Menschen darf ein Strafverfahren nicht durchgeführt werden. Der Klärung des Alters dieses Angeklagten kommt Priorität zu.

2. Die Angeklagten sind nach Aktenlage von holländischen Marinesoldaten in Ausübung nationalen Rechts von einem deutschen Frachter auf ein holländisches Kriegsschiff verbracht und dort längere Zeit festgehalten worden. Eine richterliche Haftanord-

nung dafür gab es nicht. Anschließend befanden sich die Angeklagten in den Niederlanden in Auslieferungshaft; der holländische Staat wollte gegen die Angeklagten nicht selbst strafrechtlich vorgehen. Es wird geklärt werden müssen, ob die tatsächliche Gewahrsamnahme der Angeklagten durch holländische Marinesoldaten und die Verbringung in ein holländisches Gefängnis sowie die spätere Auslieferung nach Deutschland völkerrechtlich, nach niederländischem und nach deutschem Recht zulässig war. Eine rechtswidrige Verbringung der Angeklagten nach Deutschland könnte ein Prozesshindernis darstellen; das Verfahren gegen die Angeklagten wäre dann einzustellen.

3. Aus der Aktenlage ergeben sich Hinweise darauf, dass deutsche Behörden frühzeitig über die Vorgänge um die MV „Taipan“ informiert waren und maßgeblich in die Ergreifung der Angeklagten und deren Verbringung nach Holland involviert gewesen sein könnten; die Verteidigung begehrt Auskunft darüber, in wieweit deutsche Dienststellen in diese Vorgänge eingebunden waren und welches Wissen diese Dienststellen ggf. hatten. Das wird aufzuklären sein.

4. Im Falle eines Schuldnachweises werden die Lebensbedingungen jedes einzelnen Angeklagten unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten möglichst genau aufzuklären sein; nur so kann ggf. individuelle Schuld festgestellt und bewertet werden. In diesem Zusammenhang wird – durch Beiziehung von Sachverständigen – nicht nur die Entwicklung Somalias

seit 1991 zu beleuchten sein, sondern auch die Frage, welche Auswirkungen die Raubfischerei durch industrielle Fischfangflotten aus Europa und Asien und die Giftmüllverklappung vor der somalischen Küste auf die Lebensbedingungen der Angeklagten hatte.

5. Ob die Justiz des Staates Kenia weiterhin bereit ist, für die nichtafrikanischen Staaten den „Ausputzer“ bei der strafrechtlichen Verfolgung von Somalis zu spielen, bleibt abzuwarten.

Die EU und andere Geberländer verhandeln mit Kenia über eine finanzielle Wunschliste der kenianischen Regierung, um – ebenso wie mit Tansania und den Seychellen – ein „Abkommen“ über Nachbarschaftshilfe zu erreichen. Die so eher zufällig einzelnen Ländern zugeordneten Strafprozesse gegen Somalis in den USA, in Frankreich, in den Niederlanden, in Kenia und jetzt in Hamburg sind keine Lösung des Problems; jeder weiß, dass nur eine politische Lösung wirksam sein kann.

6. Es wird sich in diesem Verfahren zeigen, ob die Befassung der Hamburger Justiz mit den Vorgängen im Indischen Ozean opportun ist; die im deutschen Strafrecht normierten Strafzwecke der General- und Spezialprävention greifen ersichtlich nicht. Eine Verurteilung der Angeklagten durch dieses Gericht wird die Ursachen der Piraterie im Indischen Ozean nicht beeinflussen. Eine Resozialisierung der Angeklagten in der Bundesrepublik Deutschland dürfte nicht erwünscht sein, eine Resozialisierung der Angeklagten für ihr Heimatland ist nicht möglich.
Christiane Schneider

Stadt Frankfurt beutet Langzeitarbeitslose aus! FRANKFURT A.M. Jetzt gibt das Sozialdezernat zu, was Die Linke schon lange kritisiert: die Stadt saniert ihren Haushalt auf Kosten der Langzeitarbeitslosen. Anders sind die jüngsten Äußerungen aus dem Sozialdezernat nicht zu interpretieren. In dem FR-Artikel „Streichen oder weitermachen“ gibt die Sprecherin der Sozialdezernentin offen zu, dass „... Ein-Euro-Jobs nicht unbedingt in Arbeit führen“ sollen, aber die Stadt durchaus ihren Nutzen davon habe. Als Beispiel führte Skotnik die Mitarbeiter des Stadtteil-Service an, früher unter dem abwertenden Namen „Ortsdiener“ bekannt. Wörtlich: „So etwas könnte sich Frankfurt sonst nicht leisten.“ „Es ist ein Skandal, dass die Stadt originäre Arbeiten aus haushaltspolitischem Geiz von Ein-Euro-Jobbern erledigen lässt, statt hierfür reguläre Arbeitsplätze zu schaffen. Zumal das Ganze auch ökonomisch völliger Unsinn ist, die Menschen bleiben ja weiterhin arbeitslos und sind von Transferleistungen abhängig. Und kaum sind die Langzeitarbeitslosen nach neun Monaten als StadteihelferInnen eingearbeitet und im Stadtteil als Ansprechpartner bekannt, werden sie durch neue Ein-Euro-Jobber ersetzt und das ganze Procedere beginnt von vorne“, kritisiert Hans-Joachim Viehl, sozialpolitischer Sprecher der Linken im Römer. Deshalb fordert Die Linke seit Jahren in entsprechenden Etatanträgen die Umwandlung der Frankfurter Ein-Euro-Jobs „StadtteihelferInnen“ (früher OrtsdienerInnen) in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Alle diese Anträge wurden von CDU, Grünen, FDP und der SPD, die sich neuerdings doch so sozial gibt, abgelehnt. Nun ist klar warum! www.dielinke-im-roemer.de

Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung des Rates: WILHELMSHAVEN. „Auf Grund der nun doch schon für den Dezember 2010 geplanten Castortransporte beantragen wir hiermit eine Sondersitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven am 1.12.2010, in welcher der Rat der Stadt alle ihr möglichen Schritte beschließt, derartige Transporte über den Hafen der Stadt zu verbieten. Unser 1. Antrag für den Rat am 1.12.2010 lautet: Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird aufgefordert gemeinsam mit dem Land eine Teilentwidmung der Wilhelmshavener Häfen für hochradioaktiven Atommüll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe unverzüglich zu prüfen und vorzunehmen. Unser 2. Antrag lautet: Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Informationen über aktuelle Transporte mit radioaktiven

Stoffen auf dem Wilhelmshavener Stadtgebiet beim Bundesinnenministerium einzuholen und auf Grundlage dieser Informationen einen Sonderenschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen aufzustellen und umzusetzen. Gruppe: BASU u.a. <http://www.buerger-whv.de>

Bonn-Ausweis bleibt erhalten – Ohrfeige für Schwarz-Grün: BONN. Die Verwaltung teilt in einer Vorlage für den Sozialausschuss und den Stadtrat mit, dass sie den Bonn-Ausweis unverändert weiter führt. Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in Bonn, die auf den Bonn-Ausweis und seine Leistungen angewiesen sind. Die Stellungnahme der Verwaltung ist zugleich eine schallende Ohrfeige für die schwarz-grüne Ratskoalition und ihr Modell eines Sozialtarifes nach Kölner Vorbild. Aktuell versuchen CDU und Grüne in Bonn zwar den Eindruck zu erwecken, sie setzten auf die landesweite Lösung von Sozialtarifen, wie sie auf NRW-Ebene seit der Landtagswahl diskutiert wird. Wie eine Pressemitteilung aus dem Mai belegt, war aber das hiervon zu unterscheidende sog. Kölner Modell Referenzprojekt der Ratskoalition für Bonn. Unmissverständlich legt die Verwaltung unter Verweis auf die SWB dar, dass dieses Modell für Bonn keinen Sparbeitrag leistet und obendrein noch höchst unsozial wäre. So müssten die Berechtigten des Sozialtarifes in ihrer großen Mehrheit im Vergleich zum heutigen Bonn-Ausweis deutlich draufzahlen. Von 180 000 heute verkauften Tickets würden 157 000 teurer. Hinzu kommt, dass nach dem schwarz-grünen Modell Kinder überhaupt nicht mehr berechtigt wären, vergünstigte Tickets zu beziehen. Hier entlarvt sich der schwarz-grüne Vorschlag als zutiefst unsozial. Diesen Angebotsreduzierungen stünden auf anderer Seite noch nicht einmal Spareinnahmen der Stadt gegenüber.

www.dielinke-bonn.de/

Linke sieht keine Notwendigkeit mehr für Kürzungen im sozialen Bereich: HANNOVER. „Wenn der Oberbürgermeister von einer ‚Erholung der Stadtkasse‘ spricht, besteht überhaupt keine Notwendigkeit mehr, im sozialen Bereich und bei den Beschäftigten der Stadt zu kürzen“, betont Michael Höntschi. „Im Gegenteil sollte die Stadt bei der Bekämpfung der Armut noch ein paar Euro drauflegen, beispielsweise bei der Finanzierung von Mittagessen für bedürftige Schüler an den neu eingerichteten Ganztagsgrundschulen.“ Kritik gibt es auch am Vorgehen der Stadt bei der angeblichen Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung. So stellt der stellvertreten-

de Fraktionsvorsitzende Luk List fest „Was die Stadtregierung vollmundig als ‚Bürgerdialog‘ ankündigt hatte, war nichts weiter als ein Abschieben von Verantwortung. Denn von einer echten Bürgerbeteiligung am Haushalt in Form eines Bürgerhaushaltes, wie sie Die Linke seit Jahren einfordert, kann dabei keine Rede sein. Tatsächlich dienen die Treffen nur dazu, weitere Sparvorschläge von den Bürgerinnen und Bürgern einzuholen.“

<http://www.linksfraktion-hannover.de>

Bundeswehrstandort München auflösen! MÜNCHEN. Die Stadträtin der Linken, Brigitte Wolf, bringt folgenden Antrag ein: „Der Stadtrat möge beschließen: 1. Die Landeshauptstadt München ist bereit, die im Münchner Stadtgebiet noch vorhandenen Bundeswehrflächen zu erwerben. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Flächen aufzulisten, geeignete städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen zu definieren und entsprechende Verhandlungen mit dem Verteidigungsministerium aufzunehmen. 2. Oberbürgermeister Ude wird gebeten, das Verteidigungsministerium umgehend über die Kaufabsichten zu informieren. Begründung: Mit der Umrüstung der Bundeswehr sinkt der Bedarf des Bundes an militärisch, das heißt wirtschaftlich unproduktiv genutzten Flächen. Zivile Konversion solcher Flächen würde gerade auf dem Gebiet der Stadt München hohen – gewerblichen, sozialen oder auch kulturellen – Nutzen versprechen. Insbesondere das innenstadtnahe Gelände an der Dachauer Straße kann zu einem neuen Stadtviertel mit Gewerbe, sozialen Nutzungen und einem hohen Wohnanteil entwickelt werden. Der Abzug der Bundeswehr würde an diesem Ort zu einer „Friedensdividende“ für München werden, auch unabhängig von der Olympia-Bewerbung. Auch wird es in München leichter sein, Ersatzarbeitsplätze für die zivilen Angestellten der Bundeswehr bereit zu stellen, als in infrastrukturschwachen Regionen. Der Abzug der Bundeswehr kann deshalb sozial verträglich gestaltet werden. Ein geordneter Übergang des Eigentums von einer Abteilung der öffentlichen Hand (Bund) in die andere (Gemeinde) liegt im öffentlichen Interesse und sollte mit minimalem Finanzaufwand möglich sein. Die Landeshauptstadt München hat kein Interesse, das Verteidigungsministerium mit diesen Flächen als Spekulanten auf dem sowieso schon angespannten Münchner Immobilienmarkt zu erleben. Die Entwicklung dieser Flächen ist eine öffentliche Aufgabe der Landeshauptstadt München. München hat mit der Konversion für militärische Zwecke unproduktiv gebundener Flä-

chen interessante, überwiegend gute Erfahrungen gemacht. So entstand der Englische Garten zu erheblichen Teilen aus einer Konversion militärischer Anlagen, teils unter Einbindung der Truppe.“ www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Wohnungsnot: Schönfärberei statt Sofortmaßnahmen: HAMBURG. 1029 Wohnungslose lebten im März 2009 auf Hamburgs Straßen, zu der Dunkelziffer können die zuständigen Behörde nichts sagen, insgesamt 3 014 Personen sind in den verschiedenen Übernachtungseinrichtungen untergebracht. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine schriftliche Kleine Anfrage des stadtentwicklungspolitischen Sprechers der Bürgerschaftsfraktion, Dr. Joachim Bischoff, zum Thema Wohnungslosigkeit in Hamburg hervor (Drs. 19/7915). Zudem weist der Bezirk Mitte im Durchschnitt monatlich 53 Personen ab, die dringend untergebracht werden müssten. Der Senat plant im Haushaltsentwurf weniger Plätze für die öffentliche Unterbringung in den kommenden Jahren ein, obwohl die Zahl der Wohnungslosen und Zuwanderer seit vielen Monaten deutlich zunimmt. Von den 3 014 Personen sind 2 564 Personen in Wohnunterkünften (per 30.9.), 201 in Übernachtungsstätten (30.9.), weitere 32 in teilstationären (31.7.) und 181 in stationären Einrichtungen (31.7.) sowie 36 in sonstigen Einrichtungen (31.7.2010) untergebracht (Antwort 1). Die Zahl der Wohnungslosen und der Zuwanderer ist in diesem Jahr rapide angestiegen. Waren es im vergangenen Jahr noch um 997 Zuwanderer, wird 2010 eine Zahl von 1 600 angenommen. „Während die Senatskoalition einschließlich des Wohnungsbaukoordinators noch eine Wohnungsnot bestreiten und vom punktuellen Wohnungsmangel spricht, stellt sich die Situation für die Menschen am untersten Rand der Gesellschaft dramatischer denn je dar: Eine wachsende Zahl von ihnen findet keinen Platz in den Wohnunterkünften oder Übernachtungsstätten. Angesichts drastischer Mietsteigerungen und rückläufiger Sozialwohnungen schon gar keine reguläre Wohnung. Dass Menschen, die eine Unterbringung nachsuchen, monatlich zu Dutzenden – in ganz Hamburg möglicherweise zu Hunderten – regelmäßig abgewiesen werden, ist eine himelsschreiende Ungerechtigkeit und eine Verletzung der Unterbringungspflicht der Stadt.“ Statt umgehend zu handeln, betreibt der Senat Schindluder mit den Zahlen. Sozialsenator Wersich behauptete in einer Presseerklärung am 19. November, dass kein Abbau von Übernachtungsplätzen für Wohnungslose erfolgen würde. Laut „Finanzbe-

richt 2011/2012 ist einkalkuliert, die Platzzahl für die öffentliche Unterbringung von 8 285 (Ende 2009) auf 6 977 (Ende 2010) herunterzufahren und auf diesem Stand für 2011 und 2012 festzuschreiben ... www.die-linke-hh.de

Wohnbaugrundstücke für die GSG: OLDENBURG. *Antrag der Linken im Ausschuss für Stadtplanung und Bauwesen.* „Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, der GSG, an der die Stadt Oldenburg mehrheitlich als Gesellschafterin beteiligt ist, im Erbbaurecht städtische Grundstücke für den Mehrfamilienhausbau kurzfristig zur Verfügung zu stellen, um Wohnraum mit günstigen Mieten zu schaffen. Begründung: Vor folgendem Hintergrund halten wir es für dringend geboten, so rasch wie möglich zu handeln und Interessierten wie der GSG den Bau von geeigneten Wohnungen zu günstigen Mietkonditionen zu ermöglichen. Bei der Umsetzung gilt es selbstverständlich, städtebauliche und vor allem auch wohnungspolitische Leitvorstellungen zu berücksichtigen, wie z.B. Ghettobildungen zu vermeiden, veränderte Wohnbedürfnisse nach neuen Wohnformen (altersgemischt, altersgerecht) zu berücksichtigen. Die Umsetzung des Baus von mehrgeschossigen Wohnbauten dient darüber hinaus der ebenso notwendigen Umsetzung des Stadtleitbildes „flächensparende Siedlungsformen sind anzustreben“. In der Stadt Oldenburg besteht ein erheblicher Bedarf an preiswertem Wohnraum, insbesondere günstigen Ein- bis Zweizimmerwohnungen. Nach Auskunft der GSG-Oldenburg sind allein dort rd. 2000 Wohneinheiten für Ein-Personen-Haushalte nachgefragt und können nicht befriedigt werden. Diese Nachfrage entsteht z. T. durch eine wachsende Zahl von Studierenden, eine erhebliche Anzahl von Menschen mit geringem Einkommen, sei es durch niedrige Löhne oder Erwerbslosigkeit, eine wachsende Anzahl von älteren Menschen, die lediglich über ein Grundeinkommen verfügen bzw. verfügen werden sowie eine Gruppe von in der Bundesrepublik Asylsuchenden, die nach der Schließung des Aufnahmelaagers Blankenburg in Oldenburg mit Wohnraum versorgt werden müssen. <http://fraktion-dielinke.kdo.de>

Für den Erhalt des Jugend- und Kulturzentrums: BAD SEGEBERG. Einige hundert hauptsächlich junge Menschen haben am Freitag für den Erhalt des selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrums Hotel am Kalkberg (HaK) in Bad Segenberg demonstriert. Die Proteste richteten sich zudem gegen die Politik der Stadtfaktionen sowie des Bürgermeisters Dieter Schönfeld, der

mit seinen Äußerungen zuvor für erneute Aufregung gesorgt hatte und weiterhin fest entschlossen ist, das HaK-Gebäude im nächsten Jahr abreißen zu lassen. Seit der letzten Demonstration im Januar 2009 hat sich nicht viel verändert. „Das liegt jedoch nicht, wie oft behauptet, an der angeblichen Unfähigkeit der Jugendlichen, sondern vielmehr an der Blockadehaltung der Stadtfaktionen und des Bürgermeisters“, stellt Christian Möller für den Ortsverband der Linken fest. „Bis heute ist kein alternativer Standort gefunden worden und es wurde schnell klar, dass die meisten Fraktionen an einer Vertragsverlängerung, die der Beschluss der Stadtvertretung vorsieht, gar nicht interessiert sind.“ „Wenn Herr Schönfeld nun erklärt, dass die Jugendlichen „bei jeder Gelegenheit in die Stadtkasse greifen“ (SZ vom 26.11.10) würden, so ist dies eine absolute Frechheit. Man kann dem HaK nicht zuerst mit einem willkürlichen Verbandsverbot die finanzielle Existenzgrundlage entziehen und sich dann darüber beklagen, dass die Stadt für die Energiekosten aufkommen muss. „Stattdessen investiert man lieber 40 000 Euro in den Abriss des Gebäudes, das ist doch absurd!“, empört sich Möller“ ...

www.die-linke-segeberg.de

Städtebauförderung: Programm „Soziale Stadt“ besonders hart betroffen: BERLIN. Nach Ansicht des Deutschen Städtetages konnte mit der vom Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossenen Korrektur der Kürzung der Städtebauförderung das Schlimmste abgewendet werden, hart getroffen werde aber das wichtige Programm „Soziale Stadt“. Besonders bedauert der Deutsche Städtetag, dass das bundesweite Programm „Soziale Stadt“ um mehr als zwei Drittel reduziert werde und damit am stärksten von den Kürzungen betroffen sei. „Das ist kein gutes Signal, denn gerade aus diesem Programm werden Projekte bezahlt, die für ein besseres Zusammenleben in benachteiligten Stadtteilen sorgen und zum Beispiel die Integration fördern. Diese Projekte helfen vorzubeugen, statt später kostenintensiv zu reparieren“, sagte Articus. Nach dem Beschluss des Haushaltsausschusses sollen 2011 für die Programme der Städtebauförderung insgesamt 455 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Im laufenden Jahr sind es 610 Millionen Euro. Der Deutsche Städtetag hatte in den vergangenen Monaten mehrfach gefordert, die Mittel in vollem Umfang auch für das Jahr 2011 bereit zu stellen.

<http://www.staedtetag.de>
(Zusammenstellung: ulj)

DGB mobilisiert 100 000 Menschen gegen schwarz-gelbe Bundespolitik

Zu den Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Politik der Bundesregierung am 13. November 2010 in Stuttgart, Nürnberg, Dortmund und Erfurt haben die Gewerkschaften erfolgreich 100 000 Menschen mobilisiert, am 18. November in Kiel kamen noch mal 10 000. Zur Erinnerung: 1996 mobilisierte der DGB am 15. Juni 350 000 Menschen nach Bonn, zu einem weiteren dezentralen Aktionstag am 7. September abermals 250 000 Menschen. Vor vierzehn Jahren trafen die Gewerkschaften damit einen Nerv in der Bevölkerung und trugen zu der Wechselstimmung bei, die 1998 zur Abwahl Kohls und zu Rot-Grün führte. Und diesmal? Wir dokumentieren im Folgenden aus den Pressemitteilungen der Landesverbände des DGB. (tja)

Sommer: Jetzt soziale Schieflage korrigieren

DGB-Vorsitzender Michael Sommer: „Der massive bundesweite Protest der GewerkschafterInnen gegen die soziale Schieflage im Land sollte der Bundesregierung klarmachen: Den Menschen reicht's! Sparpakete, Schonung der Vermögenden und Verursacher der Krise, massive und einseitige Belastungen der gesetzlich Krankenversicherten, drohende Altersarmut und Arbeit zu Hungerlöhnen bringen die Beschäftigten nicht nur in Rage, sondern auch auf die Straßen. Spätestens jetzt ist der Moment für Schwarz-Gelb gekom-

men, die soziale Schieflage zu korrigieren. Dabei erwarten wir mindestens, dass die Rente mit 67 auf Eis gelegt und die Leiharbeit sozial reguliert wird.“

Baden-Württemberg. 45 000 Gewerkschafter haben heute auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die zunehmende soziale Schieflage in Deutschland demonstriert. „Das reicht für die große Kehrwoche!“ rief ihnen DGB-Landes-

chef Nikolaus Landgraf zu. „Eigentum verpflichtet – so steht es in unserem Grundgesetz. Es wird Zeit, diesen Artikel zu entstauben und auf Hochglanz zu polieren!“ Landgraf forderte, die Milliarden bei denen zu holen, die es sich leisten könnten: „Eine Politik, die die Schwachen drangsaliert, aber die Reichen schont – eine solche Politik ist zutiefst unsozial.“

Landgraf sprach von einem großartigen Erfolg der Gewerkschaften und einer „Ohrfeige für Schwarz-Gelb“. Die Erwartungen des DGB, der mit 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern geplant hatte, seien weit übertroffen worden. Dies zeige, wie unzufrieden die Menschen in den Betrieben und Verwaltungen mit der Politik von Union und FDP seien. „Wir wollen einen politischen Kurswechsel. Wir wollen, dass wieder Politik für die Menschen gemacht wird – für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Familien, für die Arbeitslosen und für die Menschen am Rand unserer Gesellschaft“, forderte Landgraf. Die Kommunen müssten finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen könnten.

Scharfe Angriffe richtete Landgraf gegen Schwarz-Gelb in Bund und Land: „Schwarz-Gelb – das wird immer deutlicher – macht sich zum Erfüllungsgehilfen von Arbeitgebern und Vermögenden.“ Beim Sparpaket, bei Stuttgart 21,



Anschrift: IG Metall Vorstand, 60519 Frankfurt am Main.

Offener Brief

An die
Mitglieder des Deutschen Bundestages



Vorstand

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle freuen uns über die derzeitige konjunkturelle Entwicklung nach dem großen Kriseneinbruch 2008 / 2009. Die derzeit positive Entwicklung der Beschäftigung beruht nicht auf der Zunahme von Stammarbeitsplätzen, sondern zu einem erheblichen Teil auf der Ausweitung von Leiharbeitsverhältnissen. Allein im 3. Quartal 2010 stehen dem direkten Beschäftigungsaufbau von 50.000, leider größtenteils befristeten Stellen, die Einstellung von mehr als 150.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern gegenüber.

Wirtschaftlicher Anreiz für diese Entwicklung ist die hohe Entgeltdifferenz zwischen normaler Beschäftigung und Leiharbeit. Diese liegt in der Metall- und Elektroindustrie zwischen 30 und 40 %. Das führt zu einer Umwandlung von Stammarbeitsplätzen in Leiharbeitsverhältnisse.

Eine Mindestlohnregelung löst keines der heute bestehenden Probleme mit der Leiharbeit. Er leistet allenfalls einen Beitrag dazu, die bestehende Lohndifferenz zwischen Normalarbeit und Leiharbeit nicht weiter anwachsen zu lassen. Nur eine strikte Durchsetzung des Equal-Pay-Prinzips kann den Missbrauch von Leiharbeit und Lohndumping verhindern.

Nicht nur unsere eigenen Untersuchungen haben längst belegt, Leiharbeit ist keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Hinzu kommt, dass kein Wirtschaftszweig eine so hohe Hartz IV-Aufstockerquote wie die Leiharbeit hat.

Wir bitten Sie daher: Setzen Sie sich dafür ein, dass der in der EU-Leiharbeitsrichtlinie und im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz als Grundsatz vorgesehene Anspruch auf gleiche Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für gleiche Arbeit endlich Realität wird. Die Möglichkeit, von diesem Grundsatz abzuweichen, muss aus dem Gesetz gestrichen werden. Equal-Pay muss für alle Leiharbeitsverhältnisse gelten.

Mit freundlichen Grüßen

Berthold Huber

Berthold Huber
1. Vorsitzender der IG Metall

Detlef Wetzel

Detlef Wetzel
2. Vorsitzender der IG Metall



in der Atompolitik, der Gesundheitsreform und der Rente mit 67 machten Union und FDP Politik gegen die Mehrheit der Menschen und über die Köpfe der Menschen hinweg. Baden-Württemberg trage im Bundesvergleich die rote Laterne bei direkter Demokratie, kritisierte Landgraf. Die Menschen könnten bei der Landtagswahl am 27. März 2011 entscheiden, wie sie dazu stehen. Im Konflikt um Stuttgart 21 verlangt der DGB eine „verbindliche Volksbefragung“ ...

Bayern. „Wir zeigen: Es gibt Alternativen. Und für die kämpfen wir. So lange, bis wir unsere Ziele erreicht haben“, sagte Matthias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern, in seiner Rede auf dem Kornmarkt in Nürnberg.

Jena forderte die Bundesregierung auf, endlich die Verursacher der Krise zur Rechenschaft zu ziehen und eine soziale Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen. „Während bei Beschäftigten, Arbeitslosen und sozial Schwachen gespart wird, sind die Belastungen für die Wirtschaft windelweich“, kritisierte Jena.

Im Gesundheitssystem sprach sich Jena für eine Bürgerversicherung aus, in die alle einzahlen. Er kritisierte die CSU für ihr Einknicken bei der Kopfpauschale heftig: „Der brüllende CSU-Löwe ist zum Bettvorleger geworden: platt und kopflos. Herr Seehofer, Sie haben Ihr Versprechen gegenüber den Versicherten und Arbeitnehmern gebrochen.“

Jürgen Wechsler, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, kündigte an, dass die Proteste gegen die unsoziale Regierungspolitik weitergehen: „Zukünftig gilt: Parlamentsentscheidungsstage sind unsere gewerkschaftlichen Aktionstage. Insbesondere bei Leiharbeit, Rente mit 67 und wenn es um die Zukunftsperspektive der jungen Menschen geht.“

Nadine Fink, die Rednerin der DGB-Jugend, forderte Chancen und Perspektiven für die Jugend ein und nahm die Arbeitgeber in die Pflicht: „Wenn sich die Arbeitgeber immer wieder über Fachkräftemangel beschwerten, dann haben sie die Lösung selbst in der

Hand: Mehr junge Leute ausbilden und übernehmen!“

NRW. Als eine entschlossene Demonstration mit politisch klaren Forderungen nach einer „sozialen und gerechten Politik und gegen die einseitige Sparpolitik der Bundesregierung“ wertete der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Andreas Meyer-Lauber die Veranstaltung des Gewerkschaftsbundes in Dortmund, an der am 13. November rund 14 000 Menschen teilnahmen.

„In Deutschland tickt eine soziale Zeitbombe, die entschärft werden muss“, sagte Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft Verdi. Die Regierung betreibe eine egoistische Klientelpolitik, die selbst von angestammten CDU-Wählern nicht mehr verstanden werde. „Diese Regierung macht die Menschen zu Deppen der Nation, die Tag für Tag hart arbeiten und trotzdem von ihrem Einkommen nicht leben können“, so Bsirske.

„Die hohe Beteiligung junger Menschen hat deutlich gemacht, dass sie große Sorge um ihre Zukunft haben und Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit planbaren Lebensperspektiven fordern“, sagte Andreas Meyer-Lauber. Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie verlangte von der Politik und den Arbeitgebern: „Wir haben genug Zeit verloren mit dem lähmenden Dauerstreit in der schwarz-gelben Koalition. Jetzt muss gehandelt und der Reformstau aufgelöst werden. Jetzt geht es um uns.“

Scharf kritisierte Vassiliadis das energiepolitische Konzept von Schwarz-Gelb, es sei ebenso wenig schlüssig wie tragfähig. „Wir brauchen die Kohle als Brücke in das regenerative Zeitalter. Aber die Bundesregierung baut nicht an dieser stabilen Zukunftsbrücke, sondern sie baut auf Illusion. Da wird mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke nicht nur ein längst befriedetes Konfliktfeld wieder eröffnet. Gleichzeitig werden Investitionen in neue, umweltfreundliche Kohlekraftwerke mit höherem Wirkungsgrad torpediert.“

Industrie gegen „Onlinepranger“. FAZ, Mi. 10.11.2010. Die deutsche Industrie wehrt sich gegen den Plan von Bundesverbraucherministerin I. Aigner, eine Internetseite für Verbraucherbeschwerden zu Produkttäuschungen zu veröffentlichen. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, W. Schnappauf, warnte in einem Schreiben an die ernährungspolitische Sprecherin der FDP, C. Happach-Kasan, vor einer dauerhaften Beschädigung der Ernährungsindustrie, wenn Verbraucher ihre Beschwerden veröffentlichen dürften. Im Fall einer „gefühlten Täuschung“ könnten auf diese Weise ein legales Lebensmittel und der Hersteller in Verruf geraten.

Arbeitgeberpräsident Hundt mahnt Gesetz zur Tarifeinheit an. HB, Fr. 19.11.2010. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt warnt die Bundesregierung, eine gesetzliche Regelung des Prinzips „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ aufzuschieben. Der aktuelle Konjunkturaufschwung „verstärkt die Versuchung für einzelne Berufsgruppen, sich tarifpolitisch zu profilieren“, warnte er. Vor dem Deutschen Arbeitgebertag richtete Hundt damit einen dringenden Appell an die Regierung. „Wer die Tarifeinheit aufgibt, legt die Axt an die Wurzel der Tarifautonomie“, sagte er. Hintergrund ist ein Kurswechsel der Rechtsprechung, durch den das Bundesarbeitsgericht im Juni die Position von Berufsgewerkschaften im Wettbewerb mit großen Branchengewerkschaften gestärkt hatte.

Reform der Pflegebewertung ist gescheitert. FAZ, Do. 25.11.10. Die Verhandlungen von Kassen und Pflegeverbänden über eine klarere Bewertung von Pflegeheimen sind gescheitert. Zwei kleine Organisationen, der Arbeitgeber- und Berufsverband privater Pflege, (ABVP) und der Verband Deutsche Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) waren nicht bereit, bei der Pflegebenotung Faktoren wie Ernährungszustand, Flüssigkeitsversorgung oder Wundliegen von Patienten stärker zu berücksichtigen. Bislang machen Kassen, Pflegeverbände und Kommunen die Pflegebewertung unter sich aus. Bei der geplanten Reform sollte es vor allem darum gehen, dass schlechte Ergebnisse in Kernbereichen der Pflege nicht mehr gegen gute Ergebnisse in anderen Bereichen aufgerechnet werden sollten. Kernkriterien sollten doppelt gewichtet werden, ein „mangelhaft“ würde automatisch zur Abwertung der Gesamtnote führen. Wegen des Einstimmigkeitsprinzips konnte die Reform blockiert werden. Gesundheitsminister Rösler erwägt nun gesetzliche Veränderungen wie die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips und die Einrichtung einer Schiedsstelle.

Zusammenstellung: rst

Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo – ein Nobelpreis für Umsturzpläne

Am 10. Dezember 2010 wird in Oslo der Friedens-Nobelpreis verliehen. Er geht dieses Jahr an Liu Xiaobo, einen Kritiker der politischen Verhältnisse in der VR China, der für seine Aktivitäten 2009 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden ist und einsitzt. Zunehmend bewirkt die derzeitige Vergabep Praxis des Nobelpreiskomitees, dass der vom Stifter Alfred Nobel gemeint Sinn des Preises verloren geht. Nicht die erbrachte Leistung, Frieden gestiftet zu haben, wird gewürdigt, sondern eine bestimmte Politik. Statt selbst ein Beitrag zum Frieden zu sein, trägt die Verleihung des Preises zur Verschärfung der Widersprüche bei. Voriges Jahr ging der Preis, quasi als „Vorschusslorbeeren“ für angekündigte Politik, an Obama, der frisch ins Amt gekommen war. Dieses Jahr wird die Verleihung des Preises an Liu Xiaobo von der Regierung der VR China als purer Affront aufgefasst.

Im Testament des Stifters von Alfred Nobel aus dem Jahre 1895 steht: „Die besagten Zinsen sollen in fünf gleiche Teile geteilt werden, die wie folgt gleichmäßig verteilt werden sollen...: je ein Teil an die Person, die das meiste oder beste getan hat für die Brüderlichkeit zwischen den Nationen, die Abschaffung oder Verminderung stehender Armeen und für das Abhalten und Vorantreiben von Friedenskonferenzen.“

Dazu bemerkt der Bundesausschuss Friedensratschlag in einer Pressemitteilung vom 8.10.2010: „Im abgelaufenen Jahrzehnt wurde die Hälfte der Auszeichnungen an Personen oder Organisationen verliehen, die sich um die Umwelt, um Menschenrechte und die wirtschaftliche Entwicklung verdient gemacht haben. In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts konnte man noch von acht ‚genuinen‘ Friedensnobelpreis sprechen, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts waren es nur noch vier“. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, ist der Friedensnobelpreis demontiert. Der Friedensnobelpreis ist weder ein Menschenrechtspreis noch ein Demokratiepreis. Vor allem soll er, nimmt man die Idee des Stifters Alfred Nobel ernst, bestimmt nicht als politische Waffe für oder gegen ein bestimmtes Regime instrumentalisiert werden. „Die Zeit wäre dann reif für die Gründung eines Alternativen Friedensnobelpreises.“

Friedensnobelpreis als politisches Instrument

In einer Leserzuschrift auf der chine-

sischen Website von „People's Daily Online“ konnte man am 21.10.2010 lesen: „Im Jahre 1989 gewann der Dalai Lama, ein Separatist, den Preis, der neue Gewinner will westliche politische Systeme in China kopieren. Es gibt viele unterschiedliche Sichtweisen, diese beiden Personen (gemeint sind der Dalai Lama und Liu Xiaobo) zu betrachten. Aber keiner der beiden ist unter denen, die konstruktive Beiträge zu Frieden und Wachstum für China in den zurückliegenden Jahrzehnten gemacht haben... Die Chinesen haben Grund zu fragen, ob der Friedensnobelpreis zu einen politischen Instrument herabgewürdigt worden ist, das antichinesischen Zielen dient. Es scheint so, dass an Stelle von Frieden und Einheit, das Nobelkomitee China lieber durch einen ideologischen Riss gespalten sehen würde, oder besser noch, dass China wie die Sowjetunion in sich zusammenbräche. Aber China ist nicht die Sowjetunion. Dennoch, der Nobelpreis macht deutlich, dass es für China schwierig ist, während seiner Entwicklung Applaus vom Westen zu erhalten. Und China muss entschlossener und zuversichtlicher seinen eigenen Weg der Entwicklung zu wählen, der sich vom westlichen Ansatz unterscheidet. ... Wenn westliche Leute China für dies und das beschuldigen, so sollten sie nicht vergessen, dass die USA und die europäischen Länder dieselben Stufen bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft durchlaufen haben – und das ist gar nicht lange her.“

An kaum einem Punkt sind sich Volk und Führung in der Volksrepublik China so sehr darin einig, es abzulehnen, sich ausgerechnet von den westlichen Mächten, die das alte China über Jahrhunderte in halber Kolonial knechtschaft gehalten haben, vorführen und maßregeln zu lassen. Sie verbitten sich sehr bestimmt jede besserwisserische Belehrung. So auch im Falle von Liu Xiaobo. Der Vorsitzende des Komitee zur Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo, Thorbjørn Jagland, begründet die Entscheidung mit erhobenem Zeigefinger am 20. Oktober 2010 in „The New York Times“ unter dem Titel „Why We Gave Liu Xiaobo a Nobel“: „Aber in einer Weltgemeinschaft, die auf universalen Menschenrechten gegründet ist, ist es nicht die Aufgabe einer Regierung Meinungen und Gerüchte auszumerzen. Regierungen sind verpflichtet, das Recht auf freie Äußerungen zu bestärken – auch wenn der Sprecher für ein anderes soziales System eintritt.“

Wenn dann noch Jubel im Berliner Regierungsviertel über die Preisverleihung unter denen losbricht, die alles andere als begeistert für Umsturzpläne im eigenen Lande sind, dann lohnt es sich, ausführlicher einen Blick darauf zu werfen, was denn der neue Preisträger des Friedensnobelpreises vertritt und welche Pläne er für China hat. Die derzeitige deutsche Außenpolitik bemüht sich immer wieder China zu schwächen.

„Die Rivalen – China gegen Deutschland – Kampf um die Weltmärkte“ titelte der „Spiegel“ im August 2010 und gibt damit die Tonart dieser Politik vor. Mit Liu Xiaobo hat die antichinesische Agitation in Deutschland ein neues Element, das in Zukunft bei Kampagnen gegen Beijing, wie sie im Westen zuletzt vor der Olympiade 2008 stattfanden, genutzt werden kann.

Das Geschichtsbild der Charta '08

Vom Kampf für „fundamentale Menschenrechte in China“ ist in der Begründung des Friedensnobelpreiskomitee zur Verleihung die Rede. Gemeint ist damit die von Liu Xiaobo mit verfasste Charta '08. In bewusster Anlehnung an die Charta '77 tschechoslowakischer Oppositioneller, wird darin die komplette Umgestaltung der VR China gefordert. Nach westlichem Vorbild soll das Land „modernisiert“ werden. Mit einem Rundschlager erledigt er die moderne Geschichte Chinas seit dem Sturz des Kaiserreiches 1911 wie folgt:

„Die ‚Revolution von 1911 schuf zwar die erste asiatische Republik und beerdigte das zweitausend Jahre währende Kaiser-System – jedoch nur auf den ersten Blick. Unter den Bedingungen des inneren Chaos und von außen herein getragener Katastrophen konnte das republikanische System nur eine Episode bleiben. Bald kehrte die Despotie zurück. Das Scheitern des materiellen Kopierens und der Erneuerung des Systems trieb jedoch Chinesen dazu, gedanklich tiefer zu schürfen, bis sie auf die kranken Wurzeln der Kultur stießen. Daraus erwuchs das Banner ‚Wissenschaft und Demokratie‘ der ‚Bewegung des 4. Mai‘ 1919 und der folgenden ‚Bewegung einer neuen Kultur‘. Die häufigen Warlord-Kriege im Inneren und die Aggression von Außen unterbrachen jedoch den Prozess der politischen Demokratisierung Chinas. Nach der japanischen Kapitulation erfolgte zwar ein weiterer Anlauf zu einer verfassten Regierung, doch der Bürgerkrieg zwischen Kuomintang

und KP stürzte China am Ende in den Abgrund des modernen Totalitarismus. Das ‚Neue China‘ von 1949 war indessen nur dem Namen nach eine ‚Republik des Volkes‘ tatsächlich war es die ‚Welt der Partei‘. Die herrschende Partei monopolisierte alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressourcen und produzierte eine menschenrechtliche Katastrophenserie – die Anti-Rechtsbewegung 1957 ff, den Großen Sprung nach vorne 1958 bis 1960, die Kulturrevolution 1966 bis 1976, den 4. Juni 1989, die Unterdrückung der Volksreligion ... Dutzende Millionen Menschen kamen bei all dem ums Leben, die Chinesen und ihr Land zahlten einen verheerenden Preis.“

Es ist schon erstaunlich, dass Liu Xiaobo in seiner Charta '08 den Namen des bürgerlichen Revolutionärs Sun Yat-sens verschweigt, unter dessen Führung im Jahre 1911 das Kaisertum gestürzt worden ist. Es wird auch nicht beschrieben, wie es die bürgerlich-nationale Partei der Kuomintang unter Tschiang Kai-Scheck war, die seit den zwanziger Jahren durch Kollaboration mit den Japanern den Ausverkauf des Landes an diese fremde Mächte betrieben hat. Und er erwähnt schon gar nicht, dass erst die Gründung der Volksrepublik 1949 die Bauern von der feudalen Knechtschaft befreite und das Land zu Einheit und Stabilität führte. Das konnte nur gelingen mit einer zentral geführten Partei.

Lius Ziele: Marktwirtschaft und Privatisierung

Völlig marktradikal nehmen sich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Charta '08 aus. Das Papier fordert eine umfassende Privatisierung und die Zerschlagung der Staatsbetriebe. In der entsprechenden Passage heißt es unter Punkt 14. zum Schutz des Eigentums: „Etablierung des Rechts auf Privateigentum und Schutz dieses Rechts, Einrichtung eines Systems der freien und offenen Marktwirtschaft, Schutz der Freiheit von Pionierunternehmen, Beseitigung des Verwaltungsmonopols; Einrichtung eines der obersten Volksvertretung verantwortlichen Ausschusses für das Staatseigentum und die Staatsressourcen, rechtskonforme und geordnete Reform des Eigentumsrechts, Klärung der Eigentumsverhältnisse und der Verantwortlichkeiten; Initiierung einer neuen Boden-Bewegung, Privatisierung des Grund und Bodens, Garantie von Boden-Eigentumsrechten der Bürger, insbesondere der Bauern.“

In der Volksrepublik China gibt es bereits ein Recht auf privates Eigentum. Tatsächlich ist dieser private Bereich in den letzten 25 Jahren ständig gewachsen und nimmt – nach den Betrieben in Staatsbesitz – den zweiten Rang unter den Besitzformen ein. Inwieweit



1. Zweiter von links: Liu Xiaobo während des Hungerstreiks am 2. Juni 1989 am Tian'anmen-Platz in Beijing 2. Liu Xiaobo 3. Die VR China: Ein Staat vieler Völker 4. Demonstration in Hongkong zur Freilassung von Liu Xiaobo

die Forderung, die Staatsbetriebe zu zerschlagen, die den weitaus größten Teil des „Gemeineigentums“ bilden, in China auf Sympathie stößt, muss zumindest bezweifelt werden: Tatsächlich breitet sich in der Volksrepublik wachsender Unmut über die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte aus; immer häufiger werden Forderungen nach „mehr Gleichheit“ bzw. nach – begrenzter – Rückkehr zur Planwirtschaft laut. Die Charta '08 geht hierbei einen vollkommen entgegengesetzten Weg und fordert eine Komplettprivatisierung – in einer Weltwirtschaftskrise, die der öffentlichen Zustimmung zu neoklassischen („neoliberalen“) Wirtschaftsmodellen international

Abbruch tat. Die Autoren der Charta '08 entsprechen mit dieser Forderung den Wünschen westlicher Konzerne, die in China expandieren – bei diesen wurden immer wieder Plädoyers für die Abschaffung der Beschränkungen insbesondere ausländischen Privatbesitzes laut.

Was wird aus den Kleinbauern?

Weit über diese Forderungen hinaus verlangt die Charta '08, die Bodenreform rückgängig zu machen und Grund und Boden wieder zu privatisieren. Die Bodenreform, die seit 1950 in mehreren Phasen stattfand, enteignete zunächst die Großgrundbesitzer und Kriegsverbrecher. Sie verteilte deren vormaligen

Besitz auf kleine und mittlere Bauern. Die seit Mitte der 1950er Jahre eher zwangsweise durchgeführte Kollektivierung – die Zusammenfassung der Bauern in Genossenschaften und Volkskommunen – ist seit Ende der 1970er Jahre weitgehend rückgängig gemacht worden; heute ist es den chinesischen Bauern freigestellt, ob sie in privater Form oder in Kooperativen und Genossenschaften wirtschaften wollen. Erhalten blieb bis heute die Nationalisierung des Bodens in ganz China. Das bedeutet, dass sämtlicher Grund und Boden, den die Bauern bebauen, von ihnen auf Lebenszeit – und mit besonderer Erbbegünstigung der Nachkommen – vom Staat gepachtet werden kann. Auch wer ein Haus bauen will, erhält dafür das notwendige Grundstück, ohne dafür einen der Spekulation unterworfenen hohen Quadratmeterpreis zahlen zu müssen. Unter anderem ist das staatliche Eigentum an Grund und Boden auch einer der Gründe dafür, warum China die Probleme der weltweiten Finanzkrise relativ gut bewältigt hat.

„Bundesrepublik China“ – Zerschlagung des Zentralstaates

Grundsätzlich und ausdrücklich fordert die Charta '08 eine komplette Verfassungsrevision, die Auflösung der Volksrepublik selbst und die Gründung einer „Bundesrepublik China“. Die wesentlichen Revisionen betreffen dabei weniger die „Meinungsfreiheit“ oder „Demokratie“, sondern die politisch-ökonomische Ordnung. Unter Punkt 18. steht da: „[Wir wollen] ein großes Land schaffen, das verantwortlich ist und an der Wahrung einer friedlichen Entwicklung der Region in gleichberechtigter und fairer Weise teilnimmt. Das freie System Hongkongs und Macaos ist zu verteidigen. Unter der Vorbedingung einer freien Demokratie in China ist in gleichberechtigten Verhandlungen und interaktiver Kooperation eine friedliche Lösung in der Taiwan-Straße zu suchen. Es muss mit großer Weisheit und Intelligenz ein Weg und ein praktikables System gefunden werden, die den Nationalitäten [in China] ein gemeinsames Aufblühen ermöglichen. Im Rahmen einer demokratischen und verfassten Gesellschaft sollte eine Bundesrepublik China gegründet werden.“

Ein föderalistisches System, wie das in der Bundesrepublik Deutschland hat es in China in den vergangenen 2000 Jahren nicht gegeben. China war stets ein Vielvölkerstaat, der in den verschiedenen Epochen erfolgreich von einem Kaiser, einer zentralen Verwaltung und einer einheitlich organisierten Zivilisation bestimmt war. Dabei war es möglich, dass die verschiedenen 56 Völker, Sprachen, Religionen und Traditionen im Wesentlichen erhalten

blieben. Dieser gewachsenen chinesischen Tradition eine Absage zu erteilen und willkürlich eine föderativ verfasste „Bundesrepublik China“ nach westlichem Vorbild zu errichten, würde die VR China zerschlagen und in Chaos stürzen. Die Frage, wie ein Land mit 1,44 Milliarden Einwohnern und einer riesigen territorialen Ausdehnung föderativ verwaltet und zugleich als Nationalstaat intakt gehalten werden könne, findet in der Charta '08 deshalb auch keine Antwort.

Chinesische Widersprüche selber lösen

Deng Xiaoping machte bereits 1978/9 die Restrukturierung des ländlichen Raums zu einer tragenden Säule seiner Reform- und Öffnungspolitik. Die Bauern waren damals tatsächlich die großen Gewinner dieser neuen Politik. Aber durch die Liberalisierungspolitik entwickelte sich das Land marktwirtschaftlich ungleichmäßig. Außerdem wurden jahrelang fast ausschließlich der industrialisierte Osten des Landes und die großen Städte wie Beijing und Shanghai gefördert. In den letzten Jahren hat daraufhin die Führungsrunde um Staats- und Parteichef Hu Jintao sowie Ministerpräsident Wen Jiabao die Verbesserung der ländlichen Lage wieder zur höchsten Priorität erklärt. So konnte z.B. im Laufe der Jahre die hohe Armutsrate von 80% (das entsprach dem Anteil der Bauern im Lande) auf heute 11% gesenkt werden.

Dennoch gibt es natürlich soziale Spannungen in der VR China: Millionen von Wanderarbeitern und städtischen Arbeitern protestieren zunehmend gegen ausgebliebene finanzielle Leistungen und Korruption. Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu. Auch ethnische und religiöse Rivalitäten sind zu beobachten, wie es kürzlich auch der Minister für Öffentliche Sicherheit feststellte. Die Widersprüche in den Köpfen der Menschen gegenüber der staatlichen Politik wachsen und drängen nach Lösungen. Hier Feuer zu legen, ist für westliche Imperialisten sicher verlockend. Die Verleihung des Friedensnobelpreises ist dafür eine gute Gelegenheit.

Mit Sicherheit ist es nach unseren Maßstäben nicht richtig, Liu Xiaobo für zwölf Jahre hinter Gittern verschwindenzulassen. Zum Glück wächst auch innerhalb der Funktionsträger der Kommunistischen Partei Chinas die Erkenntnis, dass dies nicht richtig sein kann. Das dokumentiert z.B. der „Offene Brief“ von Li Rui und 23 weiteren hohen Funktionsträgern der Kommunistischen Partei Chinas an die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses vom Oktober 2010. Li Rui war im Übrigen persönlicher Sekretär von Mao Ze-dong und Minister in verschiedene Regierungen.

In diesem Schreiben wird deutlich

die Unterdrückung der Meinungs- und Pressfreiheit kritisiert: „Liebe Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses! Der Artikel 35 der Chinesischen Verfassung von 1982 besagt klar, dass die Bürger der Volksrepublik China genießen die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, des Zusammenschlusses, der Umzüge und der Demonstration. Seit 28 Jahren ist dieser Artikel nicht realisiert. Diese falsche Demokratie des formalen Bekenntnisses und der konkreten Verweigerung ist ein skandalöser Fleck auf der Geschichte der Weltdemokratie geworden... Wenn wir uns bemühen würden, die Verantwortlichen dafür zu finden, wir könnten mit unserem Finger auf keine einzelne Person dieser Frage zeigen. Dies sind unsichtbare schwarze Hände ... Diese unsichtbaren schwarzen Hände sind unsere zentrale Propagandaabteilung... Unsere Kernforderung ist, dass das System der Zensur zugunsten eines Systems der rechtlichen Verantwortung abgebaut wird...“ Flugs war auch dieser Offene Brief durch die Zensur aus dem Internet wieder verschwunden.

Niemand wird bestreiten wollen, dass in China große Mängel in der Durchsetzung der Menschenrechte herrschen und es gut wäre, wenn es dort zu einer Änderung im Sinne des Li Rui käme. Das Einparteiensystem ist dabei sicher eine ganz große Hürde. Doch durch Einmischung von außen kann dies nicht funktionieren. Und Vorschläge wie die der Charta '08 des Liu Xiaobo sind für eine Verbesserung der Situation in der VR China nicht geeignet, sondern zerreißen das Land.

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

„China's Charter 08“:

englisch: www.nybooks.com/articles/archives/2009/jan/15/chinas-charter-08/

deutsch: www.oai.de/de/publikationen/oai-blog/42-kaleidoskop/155-liu-x

Gerichtsurteil gegen Liu Xiaobo:
<http://www.oai.de/publikationen/oai-blog/42-kaleidoskop/156-das-urteil-gegen-liu-xiaobo.html#top>
www.spiegel.de; 8.10.2010: Chinas Herrscher stemmen sich gegen den Westen; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,722027,00.html>

„Bundesrepublik China“:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57917>

Friedensratschlag:

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Friedenspreise/nobel2010-baf.html>

„Offener Brief der 23“: <http://cmp.hku.hk/2010/10/13/8035/>

Die Erfindung der „Autonomie der Kunst“

Hans Waschkau

Die Hausse auf dem Markt für zeitgenössische Bildende Kunst zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte Auswirkungen auf die Eigenständigkeit der Künstler. Wer einmal für viel Geld etwas verkaufen konnte, war in der Gefahr, nur noch das zu produzieren, was der Markt verlangt. Autonomie der Kunst wurde als Gegengewicht gesehen, die den Künstlern den Rücken stärken sollte an einem eigenständigen Kunstansatz festzuhalten¹. Zwar ist heute die Hausse vorbei, das Preisniveau aber immer noch sehr hoch. Somit ist auch die Frage noch aktuell, ob die Autonomie der Kunst die an sie gerichtete Erwartung überhaupt erfüllen kann.

Autonomie der Kunst ist eine französische Erfindung, wie der Blick auf die Entstehungsgeschichte zeigt. Diese hat der französische Soziologe Pierre Bourdieu ausführlich in seiner Analyse „Die Regeln der Kunst“² beschrieben, die erstmals 1992 erschienen ist. Danach wird der entscheidende Schritt zur Autonomie der Kunst um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich im Bereich der Literatur vollbracht – Bourdieu nennt hier vor allem den Autor von Gedichten Charles Baudelaire (1821–67), den Schriftsteller Gustave Flaubert (1821–80) sowie den Maler Édouard Manet (1832–1883), der diese Entwicklung in der bildenden Kunst wenig später nachvollzogen hat. Bourdieu beschreibt zunächst die damaligen sozialen Verhältnisse in Frankreich, da diese wesentliche Voraussetzung für die dann stattfindende Entwicklung waren.

Frankreich unter der Herrschaft des Geldes

Im 2. Kaiserreich unter Napoleon III (1808–73, ab 1848 Staatspräsident, Kaiser ab 1852 nach einem Staatsstreich) entstand in Frankreich zusammen mit der Entwicklung des Kapitalismus eine Schicht von Neureichen. „Die Herrschaft des Geldes macht sich überall geltend, und die Vermögen der neuen Herrschenden, Industrielle, denen der technische Wandel und die Unterstützung des Staates zu beispiellosen Profiten verhilft, manifestieren sich in den luxuriösen Herrschaftshäusern des Haussmannschen Paris wie in der Pracht der Equipagen und der Garderobe.“ Die Verführungskraft des Geldes wirkte sich auch auf die Kunst aus: „Von

den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts an und insbesondere nach dem Staatsstreich kommt es unter dem Einfluß des Geldes, der sich nicht zuletzt in der Abhängigkeit von der Presse äußert, die ihrerseits dem Staat und dem Markt unterworfen ist, und in dem durch den Prunk des Kaiserreichs angeheizten Klima der Faszination für leichte Vergnügen und Ablenkungen zumal im Theater zum Aufschwung einer kommerziellen und den Erwartungen des Publikums unmittelbar gehorchenden Kunst.“ Auch die Literatur bediente die bescheidenen Bedürfnisse der Neureichen: „Der Geschmack der an die Macht gekommenen Aufsteiger favorisiert den Roman, und zwar in seinen schlichtesten Formen – wie Fortsetzungsromane in den Zeitungen, die am Hof und in den Ministerien verschlungen werden und lukrative verlegerische Unternehmungen in Gang setzen ...“ Bei den Industriellen und Kaufleuten mit riesigem Vermögen handelte es sich um bildungs- und kulturlose Aufsteiger, „die bereit waren, in der gesamten Gesellschaft den Mächten des Geldes und ihre allen geistigen Dingen zutiefst feindlich eingestellte Weltsicht zum Sieg zu verhelfen.“

Entstehung der Bohème als „Gesellschaft in der Gesellschaft“

Gleichzeitig gibt es eine starke Zunahme von Schulabgängern mit Reifezeugnis, die weder „die Unternehmen noch die städtischen und staatlichen Behörden“ aufnehmen können. Diese in Frankreich besonders ausgeprägte Entwicklung führt zum „Ansturm einer erheblich gewachsenen Population an mittellosen jungen Leuten aus den unteren und mittleren Klassen der Hauptstadt wie vor allem auch der Provinz, von wo sie nach Paris strömen, um sich hier als Schriftsteller oder Künstler zu versuchen“. Hinzu kommen „auf die schiefe Bahn geratene oder deklassierte Bourgeois“. Diese „umfangreiche Population von jungen Leuten“ bildet als Bohème „eine regelrechte Gesellschaft in der Gesellschaft“ und entwickelt einen eigenen Lebensstil, „der durch Phantasie, Wortwitz, Esprit, Chansons, Trinkgelage und Liebe in ihren vielfältigen Formen“ geprägt ist. Bourdieu bezeichnet die Bohème als „schillernde Realität“: Obwohl „dem ‚Volk‘ nahe stehend, dessen materielle Not sie häufig teilt“, nähert sich ihr Lebensstil „doch eher der Aristokratie oder der Groß-

bourgeoisie“ an. Jedes Mitglied dieser „Gesellschaft der Künstler“ kann zudem dort sein Publikum finden, das für das Weitermachen fast unerlässlich ist, und „wenn nicht mit der Unterstützung, so doch mit der Aufmerksamkeit allerer rechnen ..., die beim Eintritt in dieses sich konstituierende Universum der Kunst stillschweigend die Möglichkeit anerkannt hatten, dass darin alles möglich sei“. Diese Welt war wichtige Voraussetzung für den Erfolg der „Kulturrevolution“ gegen eine „Welt, die nie zuvor auf so brutale Weise ihre Werte und ihren Anspruch geltend gemacht hatte, die Legitimationsinstrumente in Kunst wie Literatur gleichermaßen unter ihre Kontrolle zu bringen, und deren Ziel es ist, vermittels der Presse und deren Schreiberlingen eine würdelose und entwürdigende Definition der kulturellen Produktion zu oktroyieren“.

Realismus: Oppositionelle Strömung gegen „bürgerliche Kunst“

Gegen die „bürgerliche Kunst“ für die Neureichen, „die schale Romantik des bürgerlichen Theaters oder des ‚sittsamen Romans‘, wie Baudelaire ihn nannte“ gab es oppositionelle Strömungen. Dazu gehörte der „Realismus“, dessen wichtigste Vertreter die Schriftsteller Édmond Duranty (1833–80) und Jules Champfleury (1821–89) sowie in der Bildenden Kunst Gustave Courbet (1819–77) waren. „Duranty und Champfleury wollen eine rein beobachtende, soziale, volkstümliche Literatur, die jegliche Gelehrsamkeit ausschließt; Stil halten sie für eine sekundäre Eigenschaft. Sie sind mediokre und wenig gebildete Theoretiker, denen es leichter fällt, mit Courbet, Murger und Monselet in der Brasserie Les Martyrs über Ingres und die offiziellen Schönen Künste herzu ziehen, also eher zu demolieren als zu konstruieren. In das intellektuelle Feld tragen sie kleinbürgerliche und auch als solche wahrgenommene Dispositionen hinein, einen gewissen dumpfen Geist der Ernsthaftigkeit, militante, häufig ein wenig sektiererische Einstellungen, die zur Ungeniertheit und Lässigkeit der Ästhetiker auch in affektivem Widerspruch stehen. Mehr noch, da sie zwischen politischem Feld und künstlerischem Feld keinen Unterschied machen (genau darin besteht ja die Definition von gesellschaftlich engagierter Kunst), importieren sie in das letztere auch Aktionsformen und Denkweisen, die im politischen Feld kursieren, wobei sie die

literarische Tätigkeit als Engagement und kollektive Aktion begreifen, die auf regelmäßigen Zusammenkünften, Losungen, Programmen basiert.“

„l'art pour l'art“ und ein „tadelloser Meister“ der reinen Form

Eine literarische Strömung, die sich später „l'art pour l'art“ nannte, richtet sich gleichzeitig gegen den dürftigen Kunstgeschmack der Neureichen wie auch gegen die Ignoranz des Realismus gegenüber künstlerischer Gestaltung. Sie wendet sich vehement gegen die moralisierenden Anliegen von beiden und bestreitet, dass Kunst überhaupt einen Nutzen haben sollte. Der Dichter Théophile Gautier (1811-72) beschreibt den Ansatz von „l'art pour l'art“ auf folgende Weise:³ „Nein, ihr Schwachköpfe, ihr Kretins und Kröpfe, ein Buch ersetzt kein Gelatinesuppe – ein Roman ist kein Paar Stiefel, ein Sonett keine Spritze, ein Theaterstück keine Eisenbahn.“ Es folgt ein Bekenntnis zum Unnützen, zum Luxus (eine reichverzierte Vase sei einem Nachtopf vorzuziehen), zur reinen Schönheit und zur Kunst. Schönheit und Nützlichkeit schließen sich für Gautier sogar einander aus: „Alles, was nützlich ist, ist häßlich, denn es ist Ausdruck von Bedürfnissen – und die Bedürfnisse des Menschen sind gemein und ekelhaft, so wie sein gesamtes Wesen arm und schwach ist.“ Kunst muss daher gleichzeitig schön und unnütz sein, es gilt ein „Primat der reinen Form“ gegenüber dem Inhalt, da Inhalt immer auch mit Nutzen für irgendjemand verbunden ist und so der Kunst schadet. Gautier wird so – laut Bourdieu – ein „tadelloser Meister“ der reinen Form“.

Das Mittelmäßige gut (be)schreiben

Flaubert, der sich ebenfalls der „l'art pour l'art“ zurechnet, setzt in seinem Roman „Madame Bovary“⁴ etwas andere Akzente. Vom Inhalt her könnte es sich auch um Trivial-Literatur handeln: Die gelangweilte Frau eines Arztes in der französischen Provinz erträumt sich nach dem Vorbild von Romanen und Frauenmagazinen ein Leben in Leidenschaft und Luxus. Mit zwei Liebschaften und einem mit Schulden finanzierten Luxuskonsum versucht sie, ihren Traum zu realisieren. Die Schulden geraten jedoch außer Kontrolle, sie vergiftet sich daraufhin mit Arsen. Ihr Mann lebt wegen der Schulden in Schmutz und Armut; als er dann vom Ehebruch seiner Frau erfährt, stirbt er als gebrochener Mann. Die gemeinsame Tochter landet bei einer verarmten Tante und wird zum Geldverdienen in eine Baumwollspinnerei geschickt.

Flauberts Freund Baudelaire gehörte zu den wenigen, die die Besonderheit von „Madame Bovary“ erkannt haben. Er hebt hervor, dass es Flaubert gelingt, „einen banalen Grund mit einem



Die Eisenbahn, Édouard Manet, 1872/73. Bourdieu hielt Manet für den Künstler, der die Autonomie der Kunst im Bereich der Bildenden Kunst durchgesetzt hat: „Der revolutionäre Held, der Befreier, ist ohne Zweifel Manet. Die Revolution zu verstehen, die Manet bewirkt hat, bedeutet auch, die Geburt des modernen Künstlers und der modernen Malerei zu verstehen.“ (Pierre Bourdieu: „La révolution impressionniste.“ Noroit No. 303, septembre-octobre 1987, S. 4) Juliet Wilson-Bareau beschreibt die Besonderheit von Manets Malweise: „Es ist charakteristisch für Manets Kunst, daß seine Gemälde einen unmittelbaren visuellen Reiz ausüben. Linien und Farben ziehen bei ihm die Aufmerksamkeit auf sich und werden durch die Stofflichkeit des Dargestellten, die Verteilung der Farben, ihre Textur und Tonwerte selbst zum Bildgegenstand. Seine Bilder ‚singen‘ in klaren Farben, selbst wenn sie in dunkleren Farbtönen gemalt sind. Seine prachtvollen Farbharmen, durch kühles Grau hervorgehoben und von Schwarz ‚heimgesucht‘, um Mallarmés suggestive Formulierung zu gebrauchen, machen aus seinen Leinwänden Farbfelder, so daß man sie auch als abstrakte Oberflächen lesen kann, wenn man von ihrem bildlichen Gehalt absieht. Tatsächlich mögen viele seiner Bilder auf die Besucher der jährlichen Pariser Salons eine derartige Wirkung gehabt haben. Hoch gehängt, dicht an dicht mit den Werken anderer Künstler zusammengedrängt, deren Namen mit M begannen, müssen Manets Gemälde an den überfüllten Wänden des Salons die Aufmerksamkeit der Besucher als eine Ansammlung willkürlich gesetzter Pinselstriche und Farbflecke aus unmodulierter Farbe auf sich gezogen haben.“ (aus Brigitte Buberl [Hrsg.], „Cézanne, Manet, Schuch: Drei Wege zur autonomen Kunst“)

nervigen, farbenprächtigen, subtilen und genauen Stil (zu) überziehen. Das trivialste aller Abenteuer soll ... dazu dienen, die heißesten Empfindungen, die heftigsten Erregungen hineinzulegen. ... Und was ist die verbrauchteste Angelegenheit, die meistprostituierte, die abgeleiertste Drehorgelweise? Der Ehebruch.“

Flaubert selber beschreibt sein Anliegen in der „Madame Bovary“ mit der Formel: „Das Mittelmäßige gut (be)schreiben“. Die Bedeutung dieser Zielsetzung erläutert Bourdieu auf folgende Weise: „In dieser als Oxymoron⁵ gestalteten Formulierung ist sein ganzes ästhetisches Programm konzentriert und verdichtet. ... Und in der Tat wird er den niedersten und trivialsten Formen eines für minder bedeutend erachteten literarischen Genres – das heißt den gemeinhin von den Realisten behandelten Themen ... – die höchsten Ansprüche aufzwingen, die je im nobelsten Genre geltend gemacht wurden ...“ Kunst

muss ihre jeweilige Materie gestalten und dabei ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten genügen – unabhängig von dem jeweiligen Inhalt. Für die Literatur, deren Material die Sprache ist, bedeutet die Formel „das Mittelmäßige gut (be)schreiben“: „das Wirkliche zu schreiben (nicht, es zu beschreiben, nachzuahmen, es sich in gewisser Weise selbst herstellen zu lassen, eine natürliche Darstellung der Natur); das heißt zu machen, was Literatur genuin definiert, freilich in Bezug auf das im plattesten Sinn wirklich, alltäglich, beliebig Wirkliche, das im Gegensatz zum Ideal nicht dafür gemacht ist, geschrieben zu werden“.

Erfindung der „reinen“ Ästhetik

Flaubert vollbringt die „Erfindung der reinen Ästhetik“, da er nicht nur „das Mittelmäßige“ (wie in „Madame Bovary“), sondern alles gut beschreiben will. „Und so malt er denn, wie es auch Manet, mit einem ähnlichen

Problem konfrontiert, machen wird, zugleich – bisweilen sogar im selben Roman – das Höchste und das Niedrigste, das Vornehmste und das Vulgarste, Bohème und große Welt.“ Für den „reinen Blick“ reicht es nicht aus, „das von der offiziellen Ästhetik Ausgeschlossene als schön zu konstituieren, die niederen oder mediokren modernen Sujets zu rehabilitieren; vielmehr muss die der Kunst inhärente Macht geltend gemacht werden, kraft der Form (das Mittelmäßige gut [be]schreiben) alles ästhetisch konstituieren, alles durch die genuine Wirksamkeit des Schreibens in ein Kunstwerk verwandeln zu können.“ Hierzu erläutert Flaubert selber: „Deshalb gibt es auch weder schöne noch häßliche Themen, und wenn man sich auf den Standpunkt der Kunst an sich stellt, könnte man es fast zum Grundsatz erheben, dass es gar keine gibt, da der Stil ganz für sich allein eine absolute Weise ist, die Dinge zu sehen.“ Damit gibt es bei dem, was dargestellt wird, auch keine Hierarchie mehr zwischen wichtig und unwichtig, alles hat die gleiche Wertigkeit. „Wie Manet gibt Flaubert die einheitliche Perspektive von einem festen und zentralen Standpunkt aus auf zugunsten dessen, was man mit Panofsky einen ‚agregativen Raum‘ nennen könnte, einen Raum, der aus nebeneinandergefügteten Stücken besteht und dem jeder privilegierte Standort fehlt.“

Diese Kunstauffassung hat eine Schattenseite, weil bei ihr die Gefahr besteht, dass dargestellte Menschen als Menschen verschwinden. „In der Tat erheischt der reine Blick, den es damals zu erfinden galt (und nicht, wie heutzutage, nur umzusetzen), mittels des Abbruchs der Verbindungen zwischen Kunst und Moral eine Haltung der Leidenschaftslosigkeit, Gleichgültigkeit und Gefühlskälte, ja der zynischen Ungeniertheit ...“ Am anschaulichsten hat diese Auswirkung der impressionistische Maler Claude Monet (1840-1926) beschrieben: „Als ich mich eines Tages am Bett einer Sterbenden vorfand, die mir sehr teuer war und noch immer ist, ertappte ich mich, die Augen auf die tragische Schläfe geheftet, wie ich automatisch die Abfolge, die entsprechende Abtönung suchte, die der Tod dem bewegungslosen Gesicht auferlegte. Töne von Blau, Gelb, Grau, was weiß ich? So weit war es mit mir gekommen ...“

Realistischer Formalismus – ein ästhetisches Programm

Der vorhin beschriebene Kunstansatz von Gautier ist ein Spezialfall der weit aus universelleren Position Flauberts. Während für Gautier der Inhalt der Kunst unwichtig ist und die künstlerische Gestaltung im Zentrum steht, verlangt Flaubert von Kunst nur, dass die Form – unabhängig vom Inhalt – künstlerisch gestaltet werden muss.

Ausgerechnet in einer positiven Würdigung Gautiers zeigte Flauberts Freund Baudelaire, dass künstlerische Arbeit an der Form auch inhaltliche Bedeutung haben kann: „... noch in der Lobrede selbst setzt er [Baudelaire] sich unmerklich von ihm [Gautier] ab, indem er ihm (einer für Vorworte nachgerade klassischen Strategie folgend) eine Auffassung von Dichtung unterschiebt, die nichts Formalistisches an sich hat: die seine.“ Bourdieu zitiert Baudelaire ausführlich: „Bedenkt man, dass Gautier mit dieser wunderbaren Fähigkeit ein ihm angeborenes ungeheures Verständnis für die alles durchwaltende Entsprechung und Symbolik, dieses Repertoire jeder Metapher, besitzt, so wird man begreifen, dass er unaufhörlich, unermüdlich und unfehlbar die geheimnisvolle Haltung definieren kann, in welcher die Gegenstände der Schöpfung vor dem Blick des Menschen erscheinen. In dem Wort, in dem Verbum liegt etwas Heiliges, das uns verbietet, es auf gut Glück zu gebrauchen. Eine Sprache kunstvoll verwenden heißt sich einer Art beschwörender Hexerei zu bedienen. Meiner Auffassung nach wird der Sinn dieses Satzes nicht überinterpretiert, wenn man darin das Programm einer Ästhetik liest, die auf der Versöhnung von durch die herrschende Vorstellung von Kunst unzulässig getrennten Möglichkeiten gründet: eines realistischen Formalismus. Denn was sagt Baudelaire? Paradoxerweise ist es die reine Arbeit an der reinen Form, dem formalen Exerzitiu schlechthin, die wie durch Magie ein realeres Reales sichtbar macht als dasjenige, was sich unmittelbar den Sinnen darbietet ...“

Für Flaubert bedeutet dies: „Vermittels der Arbeit an der Sprache, die zur gleichen Zeit und nacheinander Widerstand, Kampf und Unterwerfung, Selbstaufgabe impliziert, vollzieht sich die evokatorische Magie, die gleich einer Zauberformel das Reale zur Erscheinung bringt. Wenn der Schriftsteller dahin kommt, dass er von den Wörtern besessen wird, entdeckt er, dass die Wörter für ihn denken und ihm das Reale eröffnen.“ Auch das Gedicht (die Kunstform Baudelaire) erhält durch den realistischen Formalismus eine neue Bedeutung: „Als eine autonome Wirklichkeit, ohne weiteren Referenten als sich selbst, stellt das Gedicht eine von der Schöpfung unabhängige Schöpfung dar, die dennoch mit ihr durch tiefreichende Verbindungen vereint ist, die keine positive Wissenschaft wahrnimmt und die ebenso mysteriös sind wie die Korrespondenzen, die Wesen und Dinge miteinander vereinen.“

Eintritt der Kunst in die Reflexivität

Die Entwicklung Flauberts hin zu einem realistischen Formalismus macht Bourdieu fest an dem Roman „Die Erziehung des Herzens“⁶, die „Geschichte

des jungen Provinzlers Frédéric Moreau, der nach Paris geht, wo er sich eine große Zukunft in Politik, Literatur und Liebe erhofft, jedoch die ihm sich durchaus bietenden realen Chancen zugunsten irrealer, idealer Ziele verpasst“.⁷ In diesem Werk geht Flaubert noch einen Schritt weiter, indem er ausdrücklich auf seinen Vorgänger Honoré de Balzac (1799-1850) Bezug nimmt, als der Hauptperson Frédéric geraten wird: „Erinnere dich an Rastignac in der Comédie humaine.“⁸ Bourdieu bemerkt dazu: „Dieser Bezug einer Romanfigur auf eine andere Romanfigur markiert den Eintritt des Romans in die Reflexivität, in der sich bekanntlich die Autonomie des Feldes zentral manifestiert.“ Flaubert verweist nicht etwa deshalb auf Balzac, weil er diesen nachahmt – ganz im Gegenteil. „Gleichsam um besser seine Ablehnung der Balzacschen Ästhetik zu demonstrieren, nimmt er sich ein typisches Sujet Balzacs vor, läßt daraus allerdings alle Balzacschen Resonanzen verschwinden und bezeugt auf diese Weise, dass man einen Roman schreiben kann, ohne wie Balzac zu schreiben oder, wie die Verfechter des Nouveau Roman so gern sagten, dass man fortan nicht mehr ‚auf Balzac machen‘ kann ... Wie die Bezugnahme Manets auf die großen Meister der Vergangenheit, Giorgione, Tizian oder Velásques, so besagen die Flauberts zugleich Verehrung und Distanz, jenen Bruch in der Kontinuität markierend oder jene Kontinuität im Bruch, die die Geschichte eines zur Autonomie gelangten Feldes ausmacht.“ Im Universum der möglichen literarischen Welten ist die Flaubertsche Romanfigur Frédéric ein Äquivalent der Balzacschen Romanfigur Rastignac in einer anderen möglichen Welt. „Tatsächlich trennt den ‚bewußten‘ vom ‚naiven‘ Schriftsteller, dass er den Raum der Möglichkeiten ausreichend beherrscht, um zu erraten, welche Bedeutung das Mögliche, das er im Begriff ist zu realisieren, durch die Beziehung zu anderen Möglichkeiten eventuell gewinnt, und um unerwünschte, die eigentliche Absicht entstellende Koinzidenzen zu vermeiden.“

Genuß moderner Kunst demonstriert eine hohe soziale Position

Welche Rolle spielt die „Autonomie der Kunst“ heute? Für die Kunstakademien ist der ehemals oppositionelle Begriff mittlerweile Inhalt des Unterrichts. Unterrichtet wird er über indirekte Vorgaben. Es gibt eine Liste von Reizworten, die in Diskussionen über Kunst tabuisiert sind und höchstens verwendet werden, um etwas auszugrenzen oder zu denunzieren. „Illustrativ“, „dekorativ“, „markt-gängig“, „Statussymbol“ oder „Auftragsarbeit“ sind solche Reizworte, die bei allen, die den Imperativen des Kunstbegriffs folgen, sogleich Ab-

wehrreaktionen auslösen. Betrachtet man die Reizworte, so fällt auf, dass in und mit ihnen jeweils gegen die Idee verstoßen wird, Kunst müsse autonom und daher spröde, ja regelrecht von einem Geist der Verweigerung geprägt sein. Eine Brücke zu bereits vorhandenen Bedürfnissen oder Sehnsüchten der Menschen zu schlagen, gilt schon als übermäßige Anbiederung; vielmehr wird die Autonomie so verstanden, dass keine externen Wünsche und Ansprüche zu akzeptieren sind.⁹

Autonome Kunst hat aber inzwischen ihren Charakter komplett geändert. Ausgerechnet die Kunst, die in schroffer Ablehnung der Neureichen, also von Menschen mit viel finanziellem und wenig kulturellem Kapital entstanden ist, wurde zum optimalen Statussymbol einer Oberschicht, die über beide Kapitalsorten in hohem Maße verfügen können, wie Pierre Bourdieu in dem 1979 erstmals erschienenen Werk „Die feinen Unterschiede“¹⁰ zeigte. Am besten war dafür die bis Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts vorherrschende Abstrakte Kunst geeignet. Autonomie der Kunst bedeutete dabei dem den Vorrang einzuräumen, „worin der Künstler Meister ist: der Form, dem Stil, der Manier ...“ Dadurch wird Kunst „zu einer die Kunst imitierenden Kunst ...“, die das Prinzip ihrer Experimente wie selbst noch ihrer Brüche mit der Tradition ausschließlich in ihrer eigenen Geschichte findet.“ Genießen können diese Art von Kunst vor allem „diejenigen, die frühzeitig, im Schoß einer kultivierten Familie und außerhalb der Schule und deren fachgebundenem Lernen zur legitimen Kultur kommen“. Auf diese Weise wird „kulturelle Kompetenz“ erworben, „die verborgene Voraussetzung jener elementaren Form von Erkenntnis: dem Wieder-Erkennen der eine Epoche, eine Schule oder einen Autor prägenden Stile, und allgemeiner der Vertrautheit mit der immanenten Logik der Werke, die der künstlerische Genuß erheischt.“

Erforderlich sind also reiche, kultivierte Vorfahren, möglichst über mehrere Generationen hinweg, während die Kunsttheorie Kunstrezeption als spontanes Erlebnis, als reinen Blick oder als Einfühlung darstellt. Eine soziale Voraussetzung für den Genuß von Moderner Kunst wird so in eine natürliche Fähigkeit umgedichtet, die all denen abgeht, die im falschen Elternhaus aufgewachsen sind. Besitz und Genuß von moderner Kunst erlauben damit in optimaler Weise, eine hohe soziale Position zu demonstrieren. Der naive Versuch, sich über die primitive Zurschaustellung von Luxus von anderen abzuheben, „ist ein Nichts gegenüber der einzigartigen Fähigkeit des ‚reinen Blicks‘, dieser gleichsam schöpferischen Macht, die kraft radikaler, weil scheinbar den ‚Personen‘ selbst immanenter Differenzen vom Gemeinen scheidet.“

Kann Autonomie der Kunst die Eigenständigkeit von Künstlern fördern?

Am Anfang dieses Artikels stand die Frage, ob „Autonomie der Kunst“ Künstlern den Rücken stärken kann, an einem eigenständigen Kunstansatz festzuhalten, statt sich angesichts hoher Preise von den Anforderungen des Marktes verbiegen zu lassen. Ein Blick auf die Entwicklungsgeschichte dieses Begriffs läßt Zweifel daran aufkommen. Von einem Kunstansatz, der es fertig gebracht hat, zumindest zeitweise Kunst zum idealen Statussymbol einer neuen Oberschicht zu machen, ist eher zu erwarten, dass er Künstler dazu erzieht, für die Bedürfnisse einer reichen Kundschaft zu arbeiten. Ist das ursprüngliche Oppositionspotenzial autonomer Kunst also gar nicht mehr nutzbar?

Vielleicht steht dem nur einen Geburtsfehler autonomer Kunst im Wege. Für deren Begründer war extrem wichtig, dass ihr Werk nicht für die Zwecke anderer vereinnahmt werden konnte, eine Funktion der Kunst wurde abgelehnt. Daher wurde viel Energie darauf verwendet, festzulegen was Kunst nicht ist, eine positive Bestimmung autonomer Kunst wurde vernachlässigt. Dies ist zwar aus der damaligen Situation verständlich, muss aber so nicht fortgeführt werden. Stattdessen kann Kunst sich heute als ein Funktionssystem der Gesellschaft im Sinne der Systemtheorie verstehen, das für die Gesellschaft exklusiv eine spezifische Funktion übernimmt. Anders aber als bei Funktionssystemen wie Wirtschaft, Recht, Politik oder Erziehung wäre bei der Kunst die zu übernehmende Funktion nicht vorgegeben, sondern muss vom Kunstsystem selber festgelegt werden. Dabei muss es sich um eine Funktion (oder auch um mehrere Funktionen) handeln, die nur von der Kunst geleistet werden kann. Dabei sind nicht statische Funktionen gemeint, sie sollten sich vielmehr nach den jeweiligen Bedürfnissen der Gesellschaft richten.

Schon bei Baudelaire und Flaubert finden sich Hinweise in diese Richtung. Der von ihnen beschriebene realistische Formalismus bedeutet im Grunde, dass Kunst die Möglichkeit bietet, die Welt auf eine ganz neue Weise zu sehen. Das ist z.B. so eine Funktion, die der Gesellschaft nützt. Denn normalerweise herrscht ein funktionalisierender Blick vor, bei dem die Gefahr der Betriebsblindheit droht. Dass Menschen, die sich mit Kunst beschäftigen, für kreativer als andere gehalten werden, ist sicher nicht abwegig, auch wenn es nicht in jedem Einzelfall stimmt.

Eine weitere Funktion wäre die Stärkung des Gefühls für eigene Anliegen. Die hochgradige Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft führt dazu, dass praktisch jeder nur noch Detailaufgaben wahrnimmt, bei denen ein

Bezug zu eigenen Bedürfnissen kaum noch wahrnehmbar ist. Im Rahmen der Kunst können Künstler dagegen Themen, Wünsche, Träume etc. verfolgen, die ihnen am Herzen liegen. Damit kann Kunst den Anspruch wach halten, dass persönliche Anliegen wichtig sind und dass die Gesellschaft nach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder gestaltet werden muss.

Durch solche Funktionen der Kunst, die vom Kunstsystem selber festgelegt werden müssen, ändert sich eigentlich nicht viel gegenüber dem ursprünglichen Ansatz autonomer Kunst, wie er von Baudelaire und Flaubert entwickelt wurde. Es werden auch keine Kunststile ausgeschlossen. In der Bildenden Kunst z.B. kann sowohl gegenständliche wie auch nicht gegenständliche Kunst einen Beitrag leisten. Und für die Künstler wären solche Funktionen keine Einschränkung, sondern eine Unterstützung bei der Suche nach einem eigenständigen Weg.

Anmerkungen

1 Diesen Hinweis verdanke ich dem in Berlin lebenden Künstler Christoph Kern.

2 Pierre Bourdieu (1930-2002), „Die Regeln der Kunst – Genese und Struktur des literarischen Feldes“, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1539, Erste Auflage 2001, Frankfurt am Main, Originalausgabe 1992, Éditions du Seuil, Paris (hieraus alle Zitate, wenn nicht anders angegeben)

3 zitiert nach Wolfgang Ullrich, „Was war Kunst – Biografien eines Begriffs“, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Oktober 2005, S. 127f (dort wird die Geschichte des Begriffs „l'art pour l'art“ ausführlich dargestellt)

4 begonnen 1851, veröffentlicht 1856 im Feuilleton einer Zeitschrift und 1857 als Buch

5 Ein Oxymoron ... ist eine rhetorische Figur, bei der eine Formulierung aus zwei gegensätzlichen, einander (scheinbar) widersprechenden oder sich gegenseitig ausschließenden Begriffen gebildet wird. ... Der innere Widerspruch eines Oxymorons ist gewollt und dient der pointierten Darstellung eines doppelbödigen, mehrdeutigen oder vielschichtigen Inhalts, indem das Sowohl-als-auch des Sachverhalts begrifflich widergespiegelt wird. ... (Quelle: wikipedia)

6 Originaltitel „L'Éducation sentimentale“, erschienen 1869

7 Quelle: wikipedia

8 La comédie humaine (deutsch: Die menschliche Komödie) ist ein 91 Titel umfassender, aber unvollendeter Romanzyklus (begonnen 1842), dessen Romane und Erzählungen ein Gesamtbild der Gesellschaft im Frankreich seiner Zeit zu zeichnen versuchen.

9 Die Darstellung stammt aus einem Vortrag von Wolfgang Ullrich, den dieser während der Sommerakademie in Neuburg an der Donau im August 2004 gehalten hat und der auszugsweise in dem Artikel „Wann sieht etwas nach Kunst aus?“ in Politische Berichte 6/2005 wiedergegeben wurde. In überarbeiteter Form wurde er veröffentlicht in Wolfgang Ullrich, „Gesucht: Kunst! Phantombild eines Jokers“, Wagenbachs Taschenbuch 577, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 2007.

10 Pierre Bourdieu, „Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“, Erste Auflage 1987, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 658, Originalausgabe „La distinction, Critique sociale du jugement“, Paris 1979, daraus alle Zitate bis zum Ende des Abschnitts.

„Schaut euch doch an, wie viel Gutes die Kirchen tun!“

Carsten Frerk, der eifrige Spezialist in Sachen Kirchenfinanzen, hat ein neues Buch geschrieben: „Violettbuch Kirchenfinanzen“. Dabei ist Frerk nicht bloß einsamer Rufer in der Wüste, den sein Spezialgebiet beschäftigt. Er hat offensichtlich auch ein gutes Gespür für das richtige Timing. In der SPD befindet sich ein bundesweiter Arbeitskreis „Laizisten“ in der Gründung. Aus der Linksfraktion im Bundestag ist zu hören, man arbeite an einem Gesetzentwurf zur Ablösung der Staatsleistungen. Auch angesichts der seit dem Sommer angeschobenen Debatten um die sogenannten Staatsleistungen, so in Schleswig-Holstein durch die FDP oder in Sachsen durch die Linke und die Grünen, liefert Carsten Frerk mit seinem „Violettbuch“ ein überaus fundiertes Argumentationsmaterial für

Rechtslagen gewährt. Das geht vom Gehalt und den Pensionen der Bischöfe in Bayern bis hin zur kleinsten sozialen Einrichtung, für die die jeweiligen Kirchen allenfalls 2 bis 5% aus eigenen Mitteln aufbringen müssen.

Untersucht hat Carsten Frerk die beiden großen „Amtskirchen“, also die katholische Kirche und die evangelischen Landeskirchen. Die evangelischen Freikirchen legen keinen Wert auf eine Kooperation mit dem Staat. Und wie die muslimischen Organisationen finanziert werden sollen, ist derzeit noch weitgehend unklar. Sie haben nicht den privilegierten Status einer „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“, der unter anderem das Recht verleiht, Mitgliedsbeiträge über das Finanzamt als Steuern einzuziehen.

Bei seinen Untersuchungen geht es

Carsten Frerk:

„Violettbuch Kirchenfinanzen“

Alibri Verlag. Aschaffenburg 2010.
270 S. kart. ISBN 3-86569-039-5.
16,- Euro

stehen die deutschen Kirchen in Europa einzigartig da. Nur in Deutschland gibt es dieses enge finanzielle Verhältnis staatlicher Verflechtung mit den Kirchen. Zwar kennen auch andere Länder die staatliche Finanzierung von kirchlichen Dienstleistungen – aber es ist einmalig, dass Kirchen durch das Finanzamt auf Basis staatlicher Steuerlisten jedes Jahr mehr als neun Milliarden Euro Kirchensteuer einnehmen.

Auch zu diesem Gesichtspunkt der Staat-Kirchen-Geschichte liefert das Buch von Carsten Frerk so kaum gelesenes: Die Kirchensteuer, wie sie heutzutage hierzulande üblich ist, wurde erst mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 eingeführt. Diese Steuer, man könnte auch sagen dieser Mitgliedsbeitrag, sollte im Zuge der Aufhebung der bisherigen Staatskirchen die christlichen Kirchen unabhängig vom Staat machen.

Der Staat war nur verpflichtet, den Kirchen die allgemeinen Steuerlisten zur Verfügung zu stellen, damit diese selbstständig (und auf eigene Kosten) ihre festgesetzten Mitgliedsbeiträge von ihren Gläubigen eintreiben konnten. Erst das NS-Regime hat den Kirchensteuereinzug zum 1. Januar 1935 durch die Arbeitgeber als staatliche Aufgabe eingeführt.

Der enge zeitliche und sachliche Zusammenhang mit dem Reichskonkordat vom 20. Juli

1933 zwischen dem „Heiligen Stuhl“ und der Hitlerregierung liegt auf der Hand. Dieser Vertrag mit dem Vatikanstaat hat bis heute hin bindende Wirkung. Durchaus pikant ist, dass auch erst mit diesem NS-Gesetz die Angabe der Religionszugehörigkeit auf den Lohnsteuerkarten eingeführt wurde. Im Nachhinein wundert sich hier niemand. Und dass kürzlich viele Mitglieder jüdischer Kultusgemeinden ihre Religionsgemeinschaft offiziell durch Austritt beendeten, nachdem auch ihre Einrichtungen das Kirchensteuerprivileg erhalten hatten, ist verständlich. Sie wollten nicht als Menschen jüdischen Glaubens in den staatlichen Dateien abgespeichert sein.

Ein Buch mit einer Fülle von Informationen, klug recherchiert und spannend aufbereitet.

Karl-Helmut Lechner



Modern nachempfunden auf dem Buchtitel: „Die Schöpfung“, von Michelangelo in der Sixtinischen Kapelle des im Vatikan in Rom

eine sachliche Auseinandersetzung in der Frage der Kirchenfinanzierung. Im Rahmen der Spardiskussion angesichts der Politik der Bundesregierung, ist es für viele Menschen ein geradezu materielles Bedürfnis geworden, sich mit dem Thema Kirche und ihrem Geld zu befassen. Der Austritt aus der Kirche, wenn er nicht schon längst vollzogen ist, kann eine erste Konsequenz sein.

Aber wer weiß schon, dass man sich damit dem Problem noch längst nicht entzogen hat. Denn die wirklich dicken Gelder sind nicht die Kirchensteuern. Bei seinem Streifzug durch die Kirchenbücher und Haushalte der Länder hat Carsten Frerk mal eben so mit meinen Recherchen rund 19 Milliarden Euro gefunden, die Bund, Länder und Gemeinden jedes Jahr an die Kirchen zahlen. Das Geld wird für unterschiedliche Zwecke und für verschiedene

Carsten Frerk um die Gelder, die jenseits von Kirchensteuern an die beiden Kirchen fließen. Denn vieles von dem, was die Kirchen betreiben, wird überwiegend und vielfach sogar fast ausschließlich durch Staatshilfe finanziert. Als Beispiele seien hier nur die Kindertagesstätten, die Erwachsenenbildung und karitative Einrichtungen genannt. In der Öffentlichkeit heißt es dann: Schaut euch doch an, wie viel Gutes die Kirchen tun! Obwohl sie es nicht selber finanzieren – Carsten Frerk nennt das Etikettenschwindel. Zugleich haben sich die Kirchen auf diesem Wege mit ihrer sozialen und karitativen Tätigkeit geradezu eine Monopolstellung erobert und sich zum größten Arbeitgeber gemausert: 1,3 Millionen Beschäftigte zählen die kirchlichen Werke und Einrichtungen.

Mit dieser privilegierten Stellung

Inhalt

Aktuelle Meldungen

2

Haushalt 2011: 30% weniger Geld für Jobcenter • Neue EU-Strategie der inneren Sicherheit • EU-Afrika Gipfel • Gipfeltreffen am Mittelmeer • Aggressivere Rohstoffpolitik • EU-Parlament begrüßt Anti-Piraterie-Abkommen ACTA • Putin für große Freihandelszone

Gesundheitspolitik: Feilen, schleifen, polieren ...

4

Hamburg: Von Schwarz-Grün zu Grün-Rot?

5

Stuttgart 21 wird gebaut – jetzt steht eine soziale Stadtplanung an

7

Bundeswehr auf dem Weg zur Kaste

8

Für Gott, Bundespräsident und Vaterland!

9

Auslandsnachrichten

11

Schweiz: Gesetzlicher Mindestlohn für Hausangestellte • Internationale Gewerkschaften gegen Repression in Korea • Indonesien: Seit vier Monaten im Streik • Foxconn: Die Herren Asiens?

Aktionen ... Initiativen

12

Weihnachten auf den Schienen – Castor-Transport rollt nach Lubmin! • „Zug der Erinnerung“: Demonstration im Dezember • 20. Todestag Amadeu Antonio: Opfer rechter Gewalt dürfen nicht vergessen werden • Beratungsstellen fordern: „Extremismusklausel“ zurücknehmen! • Verein lehnt Integrationspreis ab • Kinderrechte für alle Kinder in Deutschland verwirklichen! • Wulff muss Atomgesetz stoppen • NRW plant Wahlrecht für Ausländer • Rote Karte für das Sparpaket!

Steag-Verkauf kurz vor der Entscheidung

14

10 Somalier angeklagt

15

Kommunale Politik

16

Stadt Frankfurt beutet Langzeitarbeitslose aus! Frankfurt a.M. • Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung des Rates: Wilhelmshaven. • Linke sieht keine Notwendigkeit mehr für Kürzungen im sozialen Bereich: Hannover. • Bundeswehrstandort München auflösen! • Wohnungsnot: Schönfärberei statt Sofortmaßnahmen: Hamburg • Wohnbaugrundstücke für die GSG: Oldenburg • Für den Erhalt des Jugend- und Kulturzentrums: Bad Segeberg • Städtebauförderung: Programm „Soziale Stadt“ besonders hart betroffen: Berlin

DGB mobilisiert 100 000 Menschen gegen schwarz/gelbe Bundespolitik

18

Wirtschaftspresse

19

Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo – Ein Nobelpreis für Umsturzpläne

20

Die Erfindung der „Autonomie der Kunst“

23

Buchbesprechung: „Schaut euch doch an, wie viel Gutes die Kirchen tun!“

27

Winterschule Erfurt, 6. bis 9. Januar 2011

Kurs Philosophie: Emanzipatorische Werte: Gott oder die Vernunft?

In unserem Philosophie-Kurs der Erfurter Winterschule soll es diesmal um Werte gehen. Werte, die die Grundlage und Bedingung eines freiheitlichen und demokratischen Staates ausmachen. Eines Staates, der Emanzipation und Freiheit eines jeden Menschen ermöglicht. Was macht diese Werte, z.B. Menschenrechte, zu einer Grundlage, die nicht nur im gesellschaftlichen Augenblick, sondern dauerhaften konsensfähig ist und hält? Was schützt sie im Laufe geschichtlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen vor Relativierung, in der sie untergehen und in der künftigen Geschichte ebenso wieder verschwinden können, wie sie gekommen sind? Viele wollen hier den

Gottesbezug herstellen. Andere meinen sich aufklärerisch auf die Vernunft als letzter Instanz beziehen zu können.

Wir wollen in diesem Kurs der Frage nachgehen, ob Religion auch künftig Grundlage des menschlichen gesellschaftlichen Handelns bleiben wird oder ob die autonome Vernunft allein dazu in der Lage ist. Wie begründen wir als Sozialistinnen und Sozialisten die von uns als unveräußerlich angesehenen Werte? Wir wollen in dem geplanten Philosophiekurs der Winterschule den Argumenten verschiedener VertreterInnen nachgehen und dabei ihre jeweiligen Positionen prüfen. Auf der Grundlage ausgewählter Texte werden wir die Diskussion führen.

Kurs Wirtschaft: Die öffentliche Hand und das Wirtschaftsleben

Nachdem wir uns im Sommer mit der Frage der Finanzierung der öffentlichen Hand durch die wirtschaftende Gesellschaft beschäftigten, wollen wir uns nun der Frage nach der Bedeutung der Leistungen der öffentlichen Hand für die Reproduktion und Entwicklung des Wirtschaftslebens in der modernen reifen Industriegesellschaft zuwenden.

• Der Staat als Unternehmer am Beispiel der Umwelt- und Energiepolitik, von der Setzung internationaler Rahmenbedingungen zu Konzernen in öffentlicher Hand

• Der Staat als Unternehmer mit Blick auf den sog. „Aufbau Ost“, als Plan beim Anschluss der DDR an die BRD und als Ausgangsbasis für heutige Entwicklungsvorstellungen, Beispiel Großraum Berlin/Brandenburg. Wir fragen uns, wie das Handeln des Staats als Anbieter wirtschaftlicher Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern konkret beeinflusst werden kann.

(ausführliche Darstellungen im Rundbrief Nr. 6 der Arge Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Beilage zu Politische Berichte Nr. 11)

20 Jahre Aufbau Ost – Was hat er gebracht? Wie geht es weiter?

Diskussionsveranstaltung der ArGe mit *Helmuth Markov* (Die Linke, Finanzminister des Landes Brandenburg) und *Michael Gerstenberger* (Vizepräsident des Landesrechnungshofes

Thüringen und früher wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Die Linke Thüringen)

Freitag, 7.1. 2011, 19 Uhr, Jugendgästehaus Erfurt

Organisatorische Hinweise

Die Winterschule findet von Donnerstag, den 6. Januar, bis Sonntag, den 9. Januar 2011, in Erfurt statt. Beginn: Donnerstag, 14 Uhr. Ende: Sonntag ca. 12 Uhr. ArGe-Mitgliederversammlung am Freitag, 7.1., 19 Uhr.

Wir tagen wieder in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die Kosten für Ü/F betragen 26,50 Euro pro Person. Bettwäsche ist vorhanden,

bitte Handtücher mitbringen. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Wir sind als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Es steht nur eine begrenzte Anzahl Einzelzimmer zur Verfügung. **Anmeldungen bitte rechtzeitig und verbindlich bis spätestens 12. Dezember und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder Tel.: 030-39808805.**

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 12. Januar 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 7. Januar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7–12 h.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 17. Februar, 17. März, 21. April, 19. Mai.